Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1892

20.1.1892 (No. 15)

Visual Library

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 Mk. 60 Pfg. (monatlich 70 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk. 36 Pfg., mit Bestellgeld 3 Mk. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrirte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen".

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg., Reklamen 25 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

№ 15. Mittwoch, den 20. Januar 1892.

Zur Staatsdotation der katholischen Geistlichen.

In letzter Zeit war in der Presse mehrfach die Rede von einem bevorstehenden Gesetze über Erhebung allgemeiner Kirchensteuern zur Aufbesserung der Geistlichen. Die Frage, ob eine Aufbesserung der katholischen Geistlichen nöthig sei, muß nun allerdings bejaht werden. Viele katholische Pfarrer haben nur ein Einkommen von 1000—1500 M. Manche haben bei einem Einkommen von etwa 1600 bis 2000 M. noch einen Vikar zu halten, d. h. zu verköstigen und zu besolden. Das sind doch gewiß sehr armselige Bezahlungen und wir zweifeln keinen Augenblick, daß die Inhaber der Pfründen mit einem Einkommen, wie solches jetzt die protestantischen Geistlichen Badens bis zur Höhe von 4000 M. mit Hilfe von Staatsmitteln beziehen, sehr zufrieden wären. Aufbesserung thut also dringend noth! Es fragt sich nur, wer dafür einzutreten hat. Ein Theil der kirchlichen Bedürfnisse wird gedeckt durch rechtlich zur Deckung derselben Verpflichtete oder durch hiefür bestimmte Fonds, auch durch freiwillige Beiträge (Liebesgaben), die der katholische Opfersinn stets in nicht geringem Maße gespendet hat. Soweit solche Hilfsquellen nicht vorhanden sind, haben für allgemeine (Diöcesen-)Zwecke der ganzen Erzdiöcese (wie zur Dotation des Bisthums) selbstredend alle Angehörigen der Kirche der Erzdiöcese aufzukommen, wie für örtliche kirchliche Zwecke die Pfarrangehörigen (Gesetz vom 26. Juli 1888, die Besteuerung für örtliche kirchliche Bedürfnisse betr.) Bei der nothwendigen Aufbesserung der Pfarrer (Pfründen) handelt es sich nun eigentlich nicht um allgemeine kirchliche Zwecke. Die Pfarrer sind nicht durchweg in dem Sinne wie die Staatsdiener Beamte des Landes, sondern kirchliche Lokalbedienstete. Die zu ihrem Unterhalte bestimmten Pfründen sind allerdings von den übrigen kirchlichen Ortsstiftungen zu unterscheiden, gehören aber nichtsdestoweniger lediglich zum örtlichen Kirchenvermögen (§ 9 der landesherrlichen Verordnung vom 20. Nov. 1861, die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens betr.). Die Ortsseelsorger genießen die Pfründeeinkommen aus diesen örtlichen Pfründestiftungen, weil ihre ganze amtliche Thätigkeit in erster Reihe dem örtlichen kirchlichen Bedürfnisse zu dienen hat. Ihre Seelsorge gehört vorab ihren Pfarrangehörigen. Die Katholiken des Landes in ihrer Gesammtheit sind somit auch nicht in erster Linie rechtlich verpflichtet, das Einkommen des Pfarrers eines einzelnen Ortes durch Erhebung von allgemeinen Kirchensteuern zu verbessern. Ohnehin sind sie mit Staatssteuern und Umlagen schon mehr als genug belastet und wollen daher (wie die hessischen Protestanten) diese neue Last nicht aber doch jedenfalls nur im Nothfalle auf sich nehmen. Es wäre ja auch eine höchst sonderbare Zumuthung, daß z. B. die Einwohner eines armen Ortes für örtliche Zwecke einer andern vielleicht weniger armen Gemeinde die Mittel opfern sollten, die sie viel dringender für ihre eigenen kirchlichen Bedürfnisse brauchen könnten, ohne daß vorher die sonst in Betracht zu ziehenden Hilfsmittel erschöpft wären. Der Staat dagegen ist berufen, die Pfarrer, deren ganze Wirksamkeit auf Erhaltung der Religiosität und Sittlichkeit abzielt und damit im eigensten Interesse des Staates liegt, wenigstens — wie bisher, so auch ferner — durch Staatszuschuß soweit besser zu stellen, daß sie wenigstens anständig existiren können. Die katholischen Geistlichen muthen in dieser Beziehung der Staatskasse nicht mehr zu als nöthig. Sie können nichts dagegen erinnern, wenn die Protestanten sich besteuern, um ihren Geistlichen auch über den Maximalsatz von 4000 M. hinaus ein Einkommen entsprechend dem der Staatsdiener zu gewähren. Aber sie können und wollen nicht den Katholiken eine so ungebührliche Last auferlegen. Den Anforderungen der katholischen Geistlichen genügt ein entsprechender Staatszuschuß, der ihnen zudem sechs Jahre später als den protestantischen Pfarrern und nicht wie diesen bis über 3500 M., sondern nur bis auf eine Gehaltshöhe von 2200 M. und auch nicht, wie es dem Verhältniß der Seelenzahl der beiden Konfessionen entsprechend wäre, mit einer halben Million, sondern mit kaum 200,000 M. bewilligt wurde, während für die protestantischen Geistlichen 250,000 M. aufgewendet werden. Bei den katholischen Geistlichen wird außerdem für die Aufbesserung das Einkommen nach Abzug des auf die Haltung eines Vikars entfallenden Theiles zu Grunde gelegt und hierdurch in eine niedrige Klasse der Aufbesserungsskala herabgedrückt. Hat z. B. ein Pfarrer ein Pfründeeinkommen von 1500 M. mit der auf 800 M. berechneten Last, einen Vikar zu halten, so wird er auf 1600 M. aufgebessert, während er ohne Berücksichtigung jener Last auf 1800 M. aufgebessert werden müßte. Ob es möglich ist, mit 800 M. einen Vikar zu besolden und zu verköstigen, und ob jene Berechnung hiernach billig ist, mag sich Jeder beantworten. Die katholischen Pfarrer müssen auch ihre Steuern selbst bezahlen, was ihre Aufbesserung thatsächlich wesentlich reduzirt: die Steuern der protestantischen Geistlichen zahlt deren Centralkasse und für die Unzulänglichkeit der letzteren kommt dann der Staat auf, so daß den Ersteren ihr Einkommen ganz ungeschmälert zu Theil wird (vergl. Leitartikel „W. Sie sind die alten." „Bad. Beob." Nr. 7). Der Staat hat aber überdies eine Rechtspflicht, die meisten katholischen Pfründen genügend zu dotiren. Bei der Säkularisation der Hochstifte und Klöster wurde der Staat für verpflichtet erklärt, die derselben einverleibt gewesenen Pfarrpfründen (bei ihrer früheren Dotation) zu belassen. Statt dessen zog er das Vermögen dieser reichen Pfründen ein und dotirte letztere in ungenügender Weise neu. Als Inhaber des Vermögens der säkularisirten katholischen Pfründen hat der Staat deren Last zur genügenden Besoldung der betreffenden Pfarrer zu tragen. Gegen die, wie man hört, jetzt staatsgesetzlich einzuführenden allgemeinen Kirchensteuern spricht unter unseren Verhältnissen aber auch ganz besonders, daß bezw. wenn sie nach modern-liberalen Staatsgesetzen unter weitgehendster Staatseinmischung erhoben werden. Abgesehen von den namhaften Kosten, welche hierdurch verursacht werden, verstärkt diese Art der Behandlung lediglich die staatliche Centralisation und den Polizeidruck und führt zu der Gefahr, daß nicht das kirchliche Bedürfniß, sondern die Absicht, die Geistlichen zu Söldlingen der herrschenden politischen Partei zu machen, für ihre Aufbesserung maßgebend würde. Es ist sehr dankenswerth, daß der Herr Abgeordnete Fieser den bezeichnenden programmatischen Satz endlich einmal offen ausgesprochen hat: „Dem staatsfeindlichen Klerus jegliches Entgegenkommen, dem oppositionellen garkeines!" Mit keinem Mittel ließe sich dieser Satz wirksamer durchführen als mit einem Kirchensteuergesetz, welches die Entscheidung über Befriedigung kirchlicher Bedürfnisse einer von der Regierung oder herrschenden Partei abhängigen gewählten Vertretung der Diöcesanen anheimgäbe. In einem solchen Gesetz könnte daher nur ein Versuch gesehen werden, durch Erhöhung der Volkslasten zur Aufbesserung von Pfarrpfründen die Gläubigen ihren Seelsorgern zu entfremden und diese letzteren durch Gewährung von Vortheilen für politisches Wohlverhalten zu korrumpiren. Die Katholiken wollen eben unabhängige Priester, die ihre Pflicht im Hinblick auf Gott thun, nicht aber zu gefügigen Polizeiorganen sich degradiren lassen und ihren höchsten Lohn in materiellem Gewinn und dem Wohlwollen einer herrschenden Partei suchen. Sie danken für immer höhere Besteuerung zur Vermehrung der Korruption. Und insbesondere der Klerus, der so viele irdische Interessen mit seiner Person Gott geopfert, dankt dafür, für ein paar Mark Gehaltsaufbesserung, die mit staatlichen Zwangsmitteln gegen das Volksbewußtsein beigetrieben wären, die schönsten Früchte priesterlicher Wirksamkeit in Frage gestellt zu sehen und sein Gewissen preisgeben zu sollen. Er würde das nicht thun dürfen, wenn seine Existenz in Frage stünde: soll er es thun, wo seine Besserstellung durch gerechte Mittel erreicht werden kann? Wenn die jetzige Staatsaufbesserung der Geistlichen für den katholischen Religionstheil auch nur auf 3—400,000 Mark erhöht würde, was doch der Parität billig entspräche, so könnte unsern Pfarrern wenigstens ein Einkommen gewährt werden, welches ihren bescheidenen Bedürfnissen entspricht. Sollte aber auch diese Staatsaufbesserung verweigert werden, so müßten allerdings die Katholiken des Landes schließlich durch kirchliche Besteuerung — außer den stets fließenden freiwilligen aber unzulänglichen Gaben — für ein besseres resp. genügendes Auskommen der Pfarrer sorgen. Aber wir lassen uns kein Staatsgesetz aufdrängen, durch welches eine Polizeikirche an die Stelle der göttlich gestifteten Heilsanstalt, eine (akatholische oder besser antikatholische) Partei an die Stelle der bischöflichen Kirchenregierung, eine nach protestantischen Grundsätzen konstituirte, von der Regierung geleitete und abhängige Generalsynode (als Steuerbewilligungs-Landtag) an die Stelle der katholischen Kirchenverfassung gesetzt wird. Wir verlangen, daß der Staat diese achte, daß er nicht versuche, protestantische Einrichtungen in sie hineinzutragen, daß er auf seinem Gebiete Reibe und demgemäß eine unter kirchlicher Leitung stehende, von den Katholiken des Landes frei gewählte Versammlung über die nur von Katholiken zu zahlenden Kirchensteuern beschließen lasse und sich darauf beschränke über die Genehmigung zur thatsächlichen Erhebung der beschlossenen Kirchensteuer zu verfügen. Aber nochmals sei es betont: wir brauchen die kirchlichen Landessteuern nicht, wenn der Staat die aus Rechts-, Billigkeits- und Zweckmäßigkeitsgründen ihm obliegenden erwähnten Zahlungen leistet. That er dies nicht, dann lieben die Katholiken ihre religiöse Freiheit mehr, als einen solchen „Staatsschutz" um den Preis der Religionsknechtung.

Deutschland.

Berlin, 18. Januar.

Gestern wurde im Kaiserhofe das Krönungs- und Ordensfest in der herkömmlichen Weise in Gegenwart des Kaiserpaares begangen. Kaiserin Friedrich nahm wegen der Trauer um den Herzog von Glücksberg an dem Feste nicht theil, auch fand wegen der Trauer keine Tafelmusik statt.

— Der Reichskanzler Graf v. Caprivi hat zu einem parlamentarischen Essen für den 22. ds. Einladungen ergehen lassen. Man rechnet dabei auch auf das Erscheinen des Kaisers.

— Staatssekretär v. Bötticher, der von einem Influenza-Anfall heimgesucht ist und deßhalb einige Tage den Reichstagsverhandlungen fernbleiben mußte, befindet sich bereits auf dem Wege der Besserung, so daß er an seiner Theilnahme an den parlamentarischen Sitzungen nicht mehr verhindert ist.

— Ueber die Aussichten des preußischen Schulgesetzes etwas zu sagen, ist in diesem Augenblick noch nicht möglich. Fast die ganze Linke hat sich gegen dasselbe erklärt, und zwar die Nationalliberalen mit einer kulturkämpferischen Erhitzung, deren man diese politisch abgewirthschaftete Partei kaum mehr für fähig halten sollte. Auch auf der Rechten befriedigt das Gesetz keineswegs allgemein; am nächsten steht dasselbe wohl der Auffassung derjenigen Gruppe gläubiger Protestanten, welche zur „Kreuzzeitung" hält. Auch die Centrumspartei hat ihre großen prinzipiellen Bedenken und bei eingehenderer Beschäftigung mit dem Entwurfe vermehren sich diese noch ganz erheblich. Es bleibt gewiß bestehen, daß der Entwurf des Grafen Zedlitz besser ist, wie der Entwurf des Herrn v. Goßler war. Man hätte aber doch von dem neuen Kurs im Kultusministerium, nachdem die grundsätzlichen Bedenken des Centrums im vorigen Jahre in so scharfer und nachdrücklicher Weise zum Ausdruck gebracht worden waren, ein weiteres Abgehen von der bureaukratischen Schablone und der Theorie von der allein selig machenden Staatsschule erwarten dürfen. Daß die Vorlage den Katholiken entgegenkomme, ist nur mit großer Einschränkung zuzugestehen. Sie kodifizirt, was unter v. Goßler Praxis geworden war. Sie kommt also so weit entgegen, als auch schon Herr v. Goßler in der Praxis entgegengekommen war. Der Vortheil der Kodifizirung liegt nur darin, daß durch dieselbe einer neuen Periode der Simultanisirung ein Riegel vorgeschoben wird. Die erste Lesung der Vorlage wird wohl nicht vor Montag, 25. Januar, stattfinden, wahrscheinlich aber an diesem Tage. Von der Stellung, welche dann die einzelnen Parteien offiziell zu dem Entwurf einnehmen werden, wird es abhängen, wer zum Vorsitzenden der Kommission, der das Gesetz zur Vorberathung zu überweisen ist, ausersehen wird.

— Zum Vorsitzenden der Centrumsfraktion im Abgeordnetenhause ist Frhr. v. Heereman wieder gewählt worden.

— **Die gestrige Windthorstfeier,** worauf wir schon kurz hingewiesen, nahm einen des großen, unvergeßlichen Todten würdigen Verlauf. Der Todtengottesdienst war von seinen ehemaligen parlamentarischen Kollegen äußerst zahlreich besucht. Ebenso hatten sich die Fraktionen des Reichs- und Landtages, dann die hannoverschen Hospitanten — die Polen, sonst eben ja ständige Gäste, waren zur Feier der Inthronisation des Erzbischofs v. Stablewski vollzählig in Gnesen abwesend —, die Bureaudirektoren des Reichstages und des Abgeordnetenhauses und die Vertreter der Centrumspresse zu einem gemeinsamen Mahl im Kaiserhof versammelt. Die Gesinnungsgenossen des Centrums aus dem Herrenhause waren durch Herrn von Schorlemer, die alten Fraktionsmitglieder durch den Grafen Praschma, die sonstigen Freunde der Fraktion durch den Oberforstmeister Dankelmann vertreten. Graf Ballestrem als Vorsitzender der Reichstagsfraktion gedachte des großen Todten in einer ergreifenden Rede, in der er an die unwandelbaren Grundsätze desselben, sein unermüdetes Eintreten für Wahrheit, Freiheit und Recht erinnerte und beide Fraktionen aufforderte, in der bisherigen Eintracht weiter zusammenzuwirken. Die Tage, in denen Windthorst als muthvoller Vertheidiger seiner Glaubensgenossen Tag und Nacht auf der Bresche stehen mußte, und seine glänzendsten Lorbeeren sich erwarb, sind einer Zeit gewichen, in der man uns mit mehr Gerechtigkeit und Billigkeit entgegenzukommen bestrebt ist, aber das

---

Im Sturme geläutert.

19) Von Philipp Laicus.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Haben auch keine Verwandte hier?" fragte der Fremde.

„Nein," erwiderte Madelon, und dies Nein klang etwas ungeduldig. Es widerstrebte ihr, sich so ausfragen zu lassen, und das Gesicht des Mannes kam ihr immer weniger vertrauenerweckend vor; er rückte ihr immer näher, er streichelte ihren Arm, und als sie ihre Hand ihm entziehen wollte, hielt er sie fest. Jetzt faßte er sie gar am Kinn. Solche Sitten war Madelon nicht gewöhnt, und sie wäre den Mann gerne wieder los geworden. Wenn sie bis jetzt ein solches Benehmen noch nicht ängstigte, so lag dies daran, daß man in der Nähe einer Laterne sich befand, und fortwährend Leute an ihnen vorüber gingen. Aber allmälig wurde ihr doch etwas unheimlich zu Muthe.

„Ein Kloster kann ich Ihnen nicht zeigen," begann der Fremde wieder, nachdem er Madelon einige Augenblicke mit lüsternfunkelnden Augen angeblickt. „Ich kenne keines in Paris. Aber was wollen Sie auch in einem Kloster? Klöster sind nicht für junge Mädchen. Das hat immer noch Zeit, bis Sie eine alte Beschwester geworden. Vielleicht gestattet bis dahin die Nation wieder, daß sich solche zusammenthun. Aber mein theures Kind, wir sind noch in der Zeit Sünden zu begehen, nicht abzubüßen. Kommen Sie mit mir, wir gehen zusammen in den Club des Kordeliers. Es wird schon heute Abend; Danton spricht . . . ."

Madelon maß den Sprecher mit großen Augen.

„Ich soll mit Ihnen gehen?" fragte sie. „Ist das in Paris so Sitte?"

„Warum nicht? Hier macht jeder, was ihm gefällt. Sie lernen dann gleich ein Stück Pariser Leben kennen."

„Ja, ich kenne Sie nicht einmal."

„Dem kann ja abgeholfen werden," bemerkte der Fremde lachend. „Gestatten Sie mir, daß ich mich Ihnen vorstelle: mein Name ist Lecerf, Henri Lecerf; Sie haben ihn wohl schon nennen hören: Redakteur der „Nouvelles de Paris."

„Doch nicht, mein Herr!"

„Das macht nichts. Nach der Klubsitzung führe ich Sie zu meiner Tante. Dort finden Sie freundliche Aufnahme und ein Unterkommen."

„Und wer ist Ihre Tante?"

„Meine Tante?" wiederholte Lecerf. „Nun die alte Susanne! Aber ſ . . ."

„Sie nehmen allzu großen Antheil an mir;" sagte Madelon nach einer Pause: Herr Lecerf kam ihr immer verdächtiger vor.

„Und das wundert Sie?" fragte Lecerf heiser lachend. „Sie kommen frisch aus der Provinz, sind in Paris unbekannt; dabei jung und hübsch! Kommen Sie mein Kind, lassen wir Danton reden; gehen Sie mit mir, ich führe Sie gleich zu meiner Tante!"

Mit diesen Worten versuchte er die Hand um ihre Hüfte zu legen; aber jetzt stieg Zornesröthe in die Wangen des Mädchens.

„Wen glauben Sie vor sich zu haben? Mein Herr!" fragte sie, einen Schritt zurücktretend. „Gehen Sie Ihrer Wege, und lassen Sie mich den meinen geh'n."

„Nicht so laut, mein Herz!" flüsterte Lecerf. „Die Leute bleiben ja stehen."

„Das kommt mir ganz gelegen. Vielleicht gehen Sie dann weiter. Ich bedaure Sie um Rath angesprochen zu haben, ich konnte allerdings in der Provinz nicht wissen . . . ."

Inzwischen waren in der That einige Vorübergehende stehen geblieben, um dem beginnenden Disputte zuzuhören.

„Komm' mit, Kleine," begann plötzlich Lecerf in einem ganz andern Tone. „Wir gehen auf die Polizei."

„Ich habe auf der Polizei nichts zu suchen. Gehen Sie."

„Das wird sich finden," sagte Lecerf.

„Was ist denn mit dem Mädchen," fragte ein Mann mit einem etwas fremdartig klingenden Accente.

„Sie ist eine verkappte Aristokratin, die sich offenbar in meiner Person geirrt hat."

„Das ist richtig," meinte Madelon bitter, „ich hielt ihn für einen anständigen Mann."

„So? Jungfer! Und deßhalb fragt Sie mich nach einem heimlichen Kloster?" schrie Lecerf erbost.

„Und deßhalb auf die Polizei?" fragte höhnisch der Mann mit der fremdartigen Aussprache. „Seit zwei Minuten betrachtete ich mir diesen Laden und hörte alles, was Du gemeiner Halunke gesagt hast."

„Was erfrechen Sie sich . . ."

Weiter kam er nicht. Er empfand auf einmal einen dumpfen Schmerz; vor den Augen schienen ihm in einem Moment tausend Feuergarben zu tanzen. Dann wurde es Nacht, er hörte noch ein fernes Getöse um seine Ohren brausen; sein Bewußtsein schwand.

Als er wieder zu sich kam, fühlte er sich in den Armen eines Mannes, der ihn aufrecht auf einem Eckstein sitzend hielt, während ein Anderer beschäftigt war, seine Schläfen mit kaltem Wasser zu waschen. Ein Dutzend Leute umstanden ihn, und er hörte gerade auf die theilnehmende Frage eines Vorübergehenden erzählen, wie ein Unbekannter ihn wegen eines Mädchens so heftig auf die Nase geschlagen hätte, daß er bewußtlos niedergestürzt sei.

„Hat man ihn?" fragte er dumpf stöhnend; und griff unwillkürlich nach seiner Nase, die ihm ein Gefühl verursachte, als ob er etwas drin stecken hätte, was dieselbe auseinanderdrücke.

„Die Sache kam zu überraschend," meinte der Mann, der ihn hielt. „Das war ein furchtbarer Schlag!"

„Sie stürzten wie ein nasser Sack zu Boden!" sagte ein Anderer.

„Hat man ihn?" fragte Lecerf nochmals wüthend.

„Nein! . . . Wer war's denn eigentlich?"

„Ein aristokratisches Komplot!" schrie der Redakteur, der seinen Schwächeanfall überwunden hatte. „Die Beiden waren im Einverständnisse. Ein Attentat!"

Lecerf hütete sich wohl, den Zusammenhang zu offenbaren und so hatte die Gruppe der Leute, welche sich um ihn versammelt, für ihre Phantasie einen ungemessenen Spielraum; einige besonders kühne Bildner sahen schon die gegenwärtige Staatsordnung bedroht.

Endlich raffte sich Lecerf auf, dankte den guten Leuten für ihre Theilnahme und ging langsam die Straße entlang nach dem Klub des Kordeliers, woselbst er nicht fehlen mochte, zumal sich das Attentat vielleicht zu Gunsten seiner Person verwerthen ließ. Aus dem Gesichte hatte man das Blut abgewaschen, aber der Oberrock, Weste und Jabot waren am oberen Theil der Brust wie in Blut getränkt; das gab der Sache ein Relief, welches sie aus der dunkelviolet gefärbten und bis jetzt auf den doppelten Umfang geschwollenen Nase nicht hätte ziehen können.

Als der Fremde zu höchlicher Ueberraschung der Umstehenden mit einem Faustschlage Lecerf hingestreckt, nahm er Madelon an der Hand und führte sie aus der Gruppe weg. Keine Hand regte sich, ihm das zu wehren, oder ihn festzuhalten. So neugierig die Leute waren, so gelüstete es doch Keinem, wegen eines den Umstehenden völlig Unbekannten mit einem Menschen handgemein zu werden, der, ohne viel Federlesen zu machen, solche Faustschläge auszutheilen im Stande war. Polizei war nicht zugegen, und das Interesse der Bürger ging nicht so weit, daß sie ihre Haut zu Markt getragen hätten.

Madelon war von dieser Wendung der Dinge vollständig betäubt und ließ sich willenlos führen; der Fremde bog rasch um die Ecke, dann führte er sie durch ein dunkles Gäßchen und am Ende desselben kamen sie wieder auf eine breite Straße.

„So, mein liebes Kind," sagte der Fremde, stehen bleibend. „Wir sind jetzt wohl einstweilen außer dem Bereich der Verfolgung. Sie wollen in ein Kloster, habe ich gehört; wenn Sie meinen Arm nicht verschmähen, will ich Sie in ein solches führen."

Jetzt erst gewann Madelon Zeit und Ruhe, einen prüfenden Blick auf ihren Retter zu werfen. Das Abenteuer mit Lecerf hatte sie einigermaßen vorsichtig gemacht, wenn auch anderseits die entschiedene Art und Weise, wie er Lecerf abgefertigt, und sie aus dem Haufen befreit, eine günstige Meinung in ihr hervorgerufen hatte. Auch jetzt klang seine Sprache sehr ruhig. Er war offenbar kein Franzose, sprach aber geläufig französisch; auch nicht die geringste Leidenschaft klang durch; ebenso war sein Benehmen zurückhaltend. Im Anfange hatte er ihre Hand ergriffen, um sie wegzuführen; sobald sie aber um die Ecke waren, ließ er dieselbe los, und lud das Mädchen nur ein, ihm rasch zu folgen.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Zusammenhalten aller Kräfte ist heute nothwendiger, wie jemals. Der Vorsitzende der Fraktion des Abgeordnetenhauses, Frhr. v. Heereman, forderte die Anwesenden auf, auch in der Art der Vertretung seiner Grundsätze dem verewigten Führer treu zu bleiben. Er pries sein Gottvertrauen und seine unbegrenzte Opferwilligkeit, welche das Zusammenwirken aller Kräfte nach dem einen großen Ziele hin, der Freiheit der Kirche, ermöglicht habe. Windthorst sei das Muster eines christlichen Parlamentariers gewesen; an dem Schatz seiner Lehre werde das Centrum dauernd eine Richtschnur haben. Die beiden Fraktionsvorsitzenden hatten der Wittwe Windthorst's am Morgen einen Blumenkorb übersandt mit einem Telegramm, in welchem der dauernden Verehrung und Dankbarkeit des Centrums gegen Windthorst's Lebensgefährtin, welche ihn so treu und aufopfernd gepflegt, Ausdruck gegeben wurde. Die dankende Antwort kam zur Verlesung. Auch ein Telegramm des badischen Centrums aus Karlsruhe, das sich der Trauer um Windthorst und dem Entschluß, in seinem Sinne die Einigkeit aller deutschen Katholiken zu pflegen, anschloß, war eingelaufen. Die Feier, getragen von hohem Ernst und dem Bewußtsein der schweren Aufgaben, welche dem Centrum geblieben sind, fand natürlich früher ihren Abschluß als in den frühern Jahren. Morgen früh um zehn Uhr findet in der Kapelle der Grauen Schwestern in der Niederwallstraße eine Seelenmesse für Windthorst statt. Auch ihr werden die beiden Fraktionen vollzählig beiwohnen.

— Den „Politischen Nachrichten" zufolge wird durch den Gesetzentwurf, betr. die Abänderung des Strafgesetzbuches, das Zuhälterthum an sich, unter Strafe gestellt, ebenso das Herstellen und Festhalten unzüchtiger Druckschriften und Darstellungen. Für die Zuhälter, Kaufbolde und Messerhelden ist eine Strafverschärfung durch hartes Lager und schmale Kost vorgesehen. [Bravo!]

Gnesen, 18. Jan. Der Erzbischof Dr. von Stablewski begab sich gestern Vormittag, geleitet von den Weihbischöfen Likowski und Andrzejewicz, in den Dom, woselbst die feierliche Salbung und Inthronisation stattfand. Nach der Rückkehr in's Palais wurden vom Erzbischofe die Mitglieder sämmtlicher Deputationen vorgestellt. An dem darauf folgenden Diner nahm der Oberpräsident von Posen, v. Willamowitz-Möllendorf, Theil. Der hochw. Herr Erzbischof hat bereits einen sehr bemerkenswerthen Hirtenbrief in polnischer und in deutscher Sprache erlassen, worin er in ehrenden, herzlichen Worten zuerst des Kaisers und seines Vorgängers gedenkt, sodann die Schwierigkeiten bespricht, welche die konfessionelle und nationale Mischung innerhalb der Erzdiözese mit sich bringt.

Breslau, 18. Jan. Dem hochw. Herrn Fürstbischof Dr. Kopp ist der Johanniter-Malteser-Orden verliehen und die Anlegung desselben vom Kaiser gestattet worden.

München, 18. Jan. Das heurige Jahr ist für den bayerischen Episkopat von sehr großer Wichtigkeit. In demselben feiert der Senior desselben, der Hochwürdigste Herr Bischof von Regensburg, Dr. Ignatius von Senestrey, das 50. Jahr seines Priesterthums. Derselbe wurde zu Rom am 19. März 1842 ordinirt. Das Bisthum Würzburg hat am 4. April die Ehre, seinem geliebten Hirten, Franz Josef Dr. v. Stein, zu seinem 70. Geburtstag zu gratuliren. Dem Herrn Bischof von Eichstätt endlich ist es vergönnt, in diesem Jahr mit seinem 65. Geburtsfeste das 25jährige Bischofsjubiläum zu feiern. Er erblickte das Licht der Welt am 26. August 1827 zu Ansbach. Am 22. Februar 1867 wurde er von Sr. Heiligkeit Pius IX. präkonisirt und am 19. März des gleichen Jahres feierlich konsekrirt und inthronisirt.

Aus Bayern, 18. Jan. Gutem Vernehmen nach soll der Plan, eine einheitliche deutsche Militärgerichtsorganisation und ebensolches Militärgerichtsverfahren zu schaffen, vorläufig wieder bei Seite gelegt worden sein, da es nicht gelungen ist, einen Ausgleich zwischen den gegensätzlichen, in Nord und Süd bestehenden Anschauungen herbeizuführen. Man kann daraus den Schluß ziehen, wie werthvoll in dieser Sache die Wachsamkeit der Presse gewesen ist, aber auch, wie nothwendig es ist, stets auf der Wacht zu bleiben. Die Absicht, das preußische Verfahren in ganz Deutschland einzuführen, ist ja nur aufgeschoben, nicht aufgehoben; die Regierungen derjenigen Staaten, welche in der Militärjustiz keinen Rückschritt in antiquirte Anschauungen und Gepflogenheiten machen wollen, können daraus ferner die Lehre ziehen, daß sie nicht zu ängstlich in Geltendmachung und Vertheidigung des heimischen Guten sein sollen. Die bayerische Regierung zum Beispiel war augenscheinlich nahe daran, die so werthvolle Ständigkeit der Gerichte zu opfern, oder war wenigstens der Meinung, daß sie dieselbe nicht werde erhalten können. Ein solches Opfer war, wie es sich nun zeigt, nicht nöthig, und die bayerische Regierung möge daher, wenn die Frage auf's Neue hervortritt, recht entschieden auch an der Ständigkeit der Gerichte festhalten. Sie hat hierbei das ganze Land hinter sich und diese Volksstimmung hat man in ihrem kräftigen Ausdruck nicht außer Acht lassen können. Daß nun das bayerische Verfahren in denjenigen Punkten, in denen es einer gewissen Schwerfälligkeit wegen eine Aenderung verträgt, reformirt werde, ist nicht wahrscheinlich und zwar gerade wegen der verflossenen Verhandlungen über das Projekt einer für ganz Deutschland gedachten Organisation. Man würde nämlich darin in Berlin eine Art demonstrativen Vorgehens erblicken, was man jedenfalls in München vermeiden will.

Ausland.

Wien, 18. Jan. Ein neuer schwerer Schlag hat unser liebes Kaiserhaus getroffen. Erzherzog Karl Salvator, der Schwiegersohn des Kaisers, ist heute Nachmittags 3 Uhr 20 Minuten gestorben. (Erzherzog Karl Salvator, der jüngere Bruder des Großherzogs Ferdinand IV. von Toscana, wurde geboren zu Florenz am 30. April 1839 und vermählte sich 1861 mit Maria Immac ulata Clementine, Prinzessin von Bourbon und beider Sizilien. Er hinterläßt 8 Kinder. Einer seiner Söhne, Erzherzog Franz Salvator, ist seit Juli 1890 mit der jüngsten Tochter des Kaisers Franz Josef, Erzherzogin Marie Valerie, vermählt.)

Wie gerüchtweise verlautet, hat sich Kronprinzessin-Wittwe Stephanie von Oesterreich während ihrer jüngsten Anwesenheit im fürstlich Turn und Taxis'schen Palais in Regensburg mit dem gleichzeitig dort verweilenden Herzog von Braganza verlobt. Die Bestätigung dieser Nachricht bleibt wohl abzuwarten.

Bern, 18. Jan. Anläßlich der Berathung der Vorlage über die Kriegsbereitschaft wurde im Nationalrath mitgetheilt, daß die Befestigung von Sankt Maurice-Rhonethal 2 Millionen, diejenige in Luziensteig (österreichische Grenze) 600,000 Fr. kostet. Der Vorsteher des Militärdepartements, Bundesrath Frey, nannte die gegenwärtige politische Konstellation ein offenes Pulverfaß, das sich jeden Augenblick entzünden könne.

Paris, 18. Jan. Nach einer Meldung aus Buenos Ayres hätten sich alle Parteien geeinigt, Del Valle als Kandidaten für die Präsidentschaft der Republik aufzustellen.

London, 18. Jan. Das Domkapitel von Westminster hat den Donnerstag als Beerdigungstag des Kardinals Manning gewählt. Auf der Straße warten die Leute in Schaaren den Zeitpunkt ab, wo sie für einige Minuten Zutritt zu der Leiche erhalten: es sind Angehörige aller Konfessionen. Der Strom schiebt sich langsam über die Treppen. Die Leiche des Kardinals ruht auf einem mit Purpur überzogenen Lager, um welches brennende Kerzen und Kandelaber stehen. Der Verstorbene ist im vollen Ornat, der Kardinalshut liegt zu den Füßen. Bei der Leiche knieen beständig Ordensschwestern und Priester. Die Ordnung im Hause wird von der Polizei aufrecht erhalten. Die Wände sind im Todtenzimmer mit Purpur behangen, in allen anderen Zimmern mit schwarzem Tuch und Flor.

Die englische Thronfolgeordnung ist in diesen Tagen mehrfach zum Gegenstande von Auseinandersetzungen und Anfragen gemacht worden. Zur Vermeidung von Irrthümern sei nach dieser Richtung hin bemerkt, daß die Thronfolge im Vereinigten Königreiche von Großbritannien und Irland kraft der unter der Königin Anna erlassenen „Act of settlement" direkt linear ist. Die Kinder, beziehungsweise Enkel des jeweiligen Königs oder der regierenden Königin haben also ohne Rücksicht auf das Geschlecht den Vorzug vor allen Seitenverwandten. Sollte Prinz Georg, der jetzige Thronfolger, ohne männliche Leibeserben sterben, so kommen erst alle seine Schwestern an die Reihe, bevor der Thron an den Herzog von Edinburg fiele. Es kann also, wenn Prinz Georg wirklich so zart ist, wie man sagt, geschehen, daß der Thron später einmal an die schottische Adelsfamilie Duff, deren Chef der Gemahl der ältesten Tochter des Prinzen von Wales, der Herzog von Fife ist, übergeht. Die Duffs aber sind Verwandte der Stuarts, die 1689 den Thron verloren und dann im Mannesstamm erloschen sind.

⊞ **Rom,** 17. Jan. Das Kardinalskollegium hat in letzter Zeit große Verluste erlitten. In die Todesfälle des vorigen Jahres kamen zwei neue: die Kardinäle Simeons und Manning, welche an demselben Tage, 15. März 1875, ernannt worden waren, starben auch am nämlichen Tage. Ihr Tod hat den hl. Vater tief ergriffen. Da Kardinal Simeons die einflußreiche und angesehene Stellung des Präfekten der Congregatio de propaganda fide bekleidete, werden sich wahrscheinlich mehrere Aenderungen in Vertheilung der Aemter im Kollegium vollziehen. Die katholische Kirche Englands ist nun durch keinen Kardinal mehr vertreten, denn Kardinal Howard, schon seit zwei Jahren leidend, wurde völlig arbeitsunfähig. — In Rücksicht auf die auch hier auftretende Influenza hat der hl. Vater alle Gläubigen Roms und des Suburbiums von Fasten und Abstinenz entbunden und angeordnet, daß in der heil. Messe die Collecta 13 eingelegt werde. — Zur Feier des 300jährigen Todestages Torquato Tassos hat sich ein vorbereitender Festausschuß gebildet. Da heute, am 20. Januar, 50 Jahre seit der Bekehrung Ratisbonnes verflossen sind, wird in der Kirche Andrea delle Fratte, wo diese stattfand, ebenfalls eine entsprechende Feierlichkeit veranstaltet. In Folge der heftigen Regengüsse der vergangenen Woche ist die Tiber sehr angeschwollen und besitzt eine Farbe, die dem alten Namen der „gelbe Tiber" alle Ehre macht.

⊞ **Rom,** 17. Jan. Meine Mittheilung über die Rede des Herrn Kardinals Melchers am Dreikönigsfeste hat eine Deutung erfahren, die durchaus unrichtig ist. Se. Eminenz hat allerdings die Römer nicht in ausdrücklichen Worten dazu aufgefordert, sich an den Wahlen in die italienische Kammer zu betheiligen. Wenn er aber das deutsche Centrum pries, das seine Erfolge doch nur in den Kammern und im Reichstage errang, und die Führer der deutschen Katholiken, die begeisterten und opferwilligen Männer, feierte, welche ebenfalls zumeist in den Parlamenten sich also zeigten, und dieselben den italienischen und römischen Katholiken als Vorbilder empfahl, so liegt die Folgerung so nahe, daß sie nicht noch besonders ausgesprochen zu werden braucht. Dürfte man diese Mahnung oder den Wunsch, auch die Katholiken Italiens möchten im politischen Leben ihres Landes eingreifen, nicht darin finden, so wäre eine Vergleichung mit den deutschen Katholiken nicht passend gewesen. — Der Streit, der über diese Sache geführt wird, scheint mir überhaupt durchaus müßig. Man empfiehlt zur Hebung unserer Kirche sorgfältigen und gewissenhaften Religionsunterricht, geregelte Seelsorge, Gründung von Vereinen, Verbesserung der wahrhaft jämmerlichen Zustände der Presse. Aber wozu soll dies alles dienen, wenn der italienische Katholik da für seinen Glauben und seine Kirche nicht eintreten kann, wo es am meisten Muth und Opferwilligkeit erfordert, nämlich vor der Wahlurne und mit dem Wahlzettel in der Hand? Was nützen die besten Katholiken, die sich in ihre Kirchen und Häuser verkriechen und es nicht hindern, daß die Feinde der Religion unermüdlich und Tag für Tag in den Parlamenten eine Mauer der Kirche um die andere abbrechen? Fast am 17. Januar des Jahres 1374 kehrte der Papst Gregor XI. von Avignon wieder nach Rom zurück, wozu ihn hauptsächlich die dringenden Bitten der hl. Katharina von Siena veranlaßten. Diese hatte ihm in Uebereinstimmung mit der Ansicht der damaligen Christenheit bewiesen, daß der Entschluß der Päpste, ihre Residenz nach Avignon zu verlegen, ein Entschluß, an dem volle 70 Jahre festgehalten worden war, für die Kirche nicht heilsam gewesen ist. Sie that dies sicher tief durchdrungen von der Ehrfurcht, welche jeder Katholik den Ansichten und Meinungen des Stellvertreters Christi auf Erden auch in weltlichen Dingen zollt. Damals hat der Papst Rom und sein Land verlassen, und sie jubelten ihm wieder zu, als er zurückkehrte. Heute ist die Lage dadurch unendlich trauriger, daß Rom und Italien in ihren Gesinnungen und Gefühlen den Papst zu verlassen drohen. Dauern die jetzigen Verhältnisse noch länger fort, so kann der Fall eintreten, daß die Mehrzahl der Bewohner des Landes, wann es ihm wieder zurückgegeben wird, den Papst nicht mehr kennen wollen. Nach diesem Ziele streben die gegenwärtigen Gewalthaber mit aller Macht und werden es sicher, vergl. den Geist der höheren und niederen Schulen des jetzigen Italiens, erreichen, da sie in ihrer Arbeit nicht gestört werden dürfen.

Petersburg, 18. Jan. Als gestern ein Bürger aus Kasan, Namens Kotschuwichin, dem Gouverneur der Stadt eine Bittschrift überreicht hatte, feuerte er einen Revolverschuß auf den Beamten ab. Der Gouverneur wurde verwundet und der Bürger verhaftet.

Baden.

Karlsruhe, 18. Jan. Heute Vormittag nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog einen längeren Vortrag des Staatsministers v. Turban entgegen. Nachmittags hörte Höchstderselbe die Vorträge des Geheimerraths von Regenauer, des Geheimerraths Freiherrn von Ungern-Sternberg und des Legationsraths Freiherrn v. Babo.

Karlsruhe, 18. Jan. Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben am 6. d. M. gnädigst geruht, den Referendär Karl Friedrich Trolle von Wiesloch zum Notar zu ernennen.

Durch Entschließung des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts vom 9. d. M. ist dem Notar Karl Friedrich Trolle der Notariatsbezirk Eutlingen II. übertragen worden.

Karlsruhe, 19. Jan. Der Großherzog und die Großherzogin werden zur Feier des Geburtstages Kaiser Wilhelms ebenfalls in Berlin anwesend sein. Sie treten zu diesem Zwecke die Reise nach der Reichshauptstadt am 24. d. M. an. Wahrscheinlich wird bei dieser Gelegenheit auch über die Hierherkunft des Kaisers sowie über die diesjährigen Kaisermanöver des 14. Armeekorps Entscheidung getroffen werden.

* **Karlsruhe,** 18. Jan. Vom katholischen Männer-Verein in Baden-Baden ist dem Abg. Wacker folgendes Zustimmungs-Telegramm übermittelt worden: „Die gestrige Versammlung des Katholischen Männer-Vereins Baden bekundet ihr volles Einverständniß mit den Erklärungen des Herrn Pfarrer Wacker gegenüber dem unerhörten Auftreten des Abgeordneten Fieser in der Budgetkommission und verlangt mit Pfarrer Wacker Recht und Gerechtigkeit auch für unseren katholischen Klerus. Im Auftrag: Dilger, Vorstand."

* **Karlsruhe,** 18. Jan. Der in der heutigen Sitzung der zweiten Kammer vom Herrn Finanzminister übergebene Gesetzentwurf hat folgenden Inhalt:

§ 1. Der dem Beamtengesetz vom 24. Juli 1888 (Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr. 34) beiliegende Wohnungsgeldtarif wird provisorisch dahin geändert, daß die Jahresbeträge in der fünften Dienstklasse von 260, 160 und 115 Mk. auf 350, 210 und 155 Mk. in der sechsten Dienstklasse von 150, 110 und 80 Mk. auf 240, 160 und 120 Mk. sich erhöhen.

§ 2. Die Hälfte des Unterschieds zwischen den bisherigen und den neuen Wohnungsgeldbeträgen (§ 1) wird auch den Inhabern freier Wohnungen (Beamtengesetz § 26, Absatz 1 und 2) gewährt. Der Miethzins, den Inhaber von Dienstwohnungen zu entrichten haben (Beamtengesetz § 26, Abs. 3), erhöht sich nur um die Hälfte des Unterschieds zwischen den bisherigen und den neuen Wohnungsgeldbeträgen (§ 1).

§ 3. In dem Einkommensanschlag (Beamtengesetz §§ 18, 24) werden nur die bisher hierfür maßgebenden Wohnungsgeldbeträge aufgenommen.

§ 4. Die Erhöhung der Wohnungsgeldbeträge nach § 1 tritt mit dem 1. Jan. 1892 in Kraft. Vom gleichen Zeitpunkt an soll auch denjenigen nicht etatmäßigen Beamten und ohne Beamteneigenschaft im staatlichen Dienst stehenden Personen, die nach ihren dienstlichen Verhältnissen und Anwartschaften den etatmäßigen Beamten der beiden unteren Wohnungsgeldklassen gleichzuachten sind, nach Maßgabe der näheren Bestimmung im Staatsvoranschlag eine Aufbesserung des Diensteinkommens je nach der Ortsklasse des Wohnungsgeldtarifs, der ihr dienstlicher Wohnsitz zugewiesen ist, von 90, 50 oder 40 Mk. gewährt werden.

§ 5. Zur Bestreitung des hiernach entstehenden Aufwandes sind die Mittel durch das Finanzgesetz bereit zu stellen. Das Finanzministerium ist mit dem Vollzug beauftragt.

* **Karlsruhe,** 18. Jan. Der Buchdruckerstreik ist nun allgemein beendigt; an allen größeren Plätzen, wie Berlin, Leipzig, München, Stuttgart 2c. wurde in größeren Versammlungen officiell der Beschluß gefaßt, die Arbeit wieder aufzunehmen. Leider werden nun viele Gehilfen, die jetzt wieder arbeiten wollen, keine Arbeit bekommen, da die Stellen fast alle besetzt sind. Wie schon mehrmals betont, ist der Streik deßhalb ganz aussichtslos gewesen, weil er in einem Jahre schlimmsten wirthschaftlichen Niedergangs begonnen wurde, in welchem das Buchdruckergeschäft ganz und gar darniederliegt, und die ganze Arbeiterschaft schwer gedrückt ist. Einerseits konnten die Prinzipale, da ohne dringende Aufträge, in aller Gemüthsruhe dem Streik zusehen, andererseits konnte die Arbeiterwelt die Streikenden nicht unterstützen, da sie selbst in ungünstiger Lage sich befindet. Wenn trotzdem der Streik begonnen wurde, so ist das ein Beweis, daß die Buchdrucker-Gehilfenschaft von gänzlich unfähigen Führern sich hat leiten lassen, denen der Ueberblick fehlt. Außerdem kommt noch in Betracht, daß die Forderungen der Buchdruckergehilfen, welche in der Arbeiterwelt am besten gestellt sind, beim Publikum auf Sympathieen nicht zu rechnen hatten. Der Streik hat die Gehilfenschaft ungefähr eine Million gekostet, die jetzt ohne Erfolg geopfert worden ist. Die Gehilfen müssen nun um jeden Preis suchen, Arbeit zu bekommen, ohne auf die Bedingungen irgend welchen Einfluß ausüben zu können. Von den Prinzipalen wäre es jedoch illoyal und ungerecht, wenn sie den jetzigen vertragslosen Zustand ausnützen wollten, um die Gehilfenschaft zu drücken; die Herren Prinzipale sind vielmehr verpflichtet, in Gerechtigkeit ein neues loyales Verhältniß herzustellen. Ebenso wäre es inhuman und ungerecht, wenn an den Theilnehmern des Streikes nunmehr Rache genommen werden wollte. Das wäre sehr zu mißbilligen. Wenn auch die Einstellung des Streikes in erster Reihe als ein Akt zwingender Noth betrachtet werden muß, so ist doch auch zuzugeben, daß bei vielen Gehilfen die Einsicht und damit die Reue zurückgekehrt ist. Edel denkende Prinzipale werden daher die durch den Streik geschaffene Nothlage nicht ausnutzen, sondern zu deren Beseitigung hilfreich die Hand bieten. Daß in den nächsten Wochen eine große Zahl von Arbeitslosen zu unterstützen sein wird, sehen die Leiter des Streiks selbst ein. Sie fordern deßhalb alle arbeitenden und nunmehr wieder in Arbeit tretenden Gehilfen auf, für die Opfer des Kampfes zu sorgen und richten allerwärts hin die dringende Bitte, die bisher gezahlten Extrasteuern und Sammlungen noch einige Wochen fortzusetzen, damit die Ausgesperrten weiter unterstützt werden können. Wir hoffen, daß im Buchdruckergewerbe nun wieder geordnete Verhältnisse eintreten.

* **Karlsruhe,** 18. Dez. Einen ganzen Berg von Phrasen thürmt die liberale Presse auf, um ihr Mißvergnügen mit dem preußischen Volksschulgesetzentwurf zu bekunden. „Ultramontane Bewilligungsmaschine, atavistische Rückbildung, üppiges Emporwuchern der Klosterschule, mithin vollständige Zerreißung der Nation, Beichtstuhl, Kanzel, mechanische Abrichtung, geisttödtende Dressur, Jesuiten, Verdummungspolitik, geistliche Kampfanstalten, klerikale Einflüsterungen, unduldsamer Ultramontanismus, Zwingherrschaft einer bildungsfeindlichen Partei, die ihre obersten Gesetze von jenseits der Berge erhält, allgemeine Volkserhebung wird alle freien Köpfe zum Kampfe gegen diesen unerhörten Terrorismus auf die Schanzen rufen", das sind die geläufigsten Redensarten, die von der „N. Ztg." ausgehend in die ganze liberale Presse ihren Weg nehmen und selbstverständlich auch in den badischen liberalen Zeitungen nicht fehlen dürfen. Warum sich die badische liberale Presse in dieser Sache so sehr erhitzt, ist uns unbegreiflich, da in der badischen Schulgesetzgebung der konfessionellen Seite jetzt schon mehr Rechnung getragen ist, als der neue Entwurf in Preußen beabsichtigt.

** **Karlsruhe,** 18. Jan. Die heutige Sitzung der Zweiten Kammer, die erste nach den Weihnachtsferien, hat dem Zuschauer eine Reihe von Ueberraschungs-Momenten. Es hatten sich außerordentlich viele Zuhörer eingefunden und unter den Abgeordneten, die mit Ausnahme des Abg. Müller von Weilschingen alle erschienen waren, herrschte viel Bewegung. Offenbar wurde etwas Besonderes erwartet, was aber — nicht kam. Die Plätze der Abgeordneten waren dicht belegt mit Druckschriften, lauter Einladungen zur Arbeit. Der Präsident gab bekannt, daß der Abg. Muser den freisinnigen Antrag auf Abänderung des Beamtengesetzes schriftlich begründet habe. Die Schrift nahm sich wie ein Buch aus; auch zwei Interpellationen wurden bekannt gegeben. Nach dem Präsidenten verlas der Sekretär eine sehr lange Reihe von Eingaben an die Kammer, fast immer hörte man von „Gehalt" — „Gehalts-Tarif" — „Gehalts-Aufbesserung" u. s. w. Es wollte kein Ende nehmen. Schließlich kamen auch noch die beiden Minister Eisenlohr und Eisenstuck und präsentirten eine ganze Mappe voll — Gesetzentwürfe. Um Arbeit werden also die Herren nicht besorgt sein müssen und der Landtag wird — ein langer werden.

Wenn es nach Neujahr noch Wahlprüfungen gibt, so ist es kein gutes Zeichen. Und solche wurden heute angekündet. Die Untersuchungsakten von Eberbach sind der Kammer nunmehr übergeben, müssen aber natürlich zuerst — studirt werden. Dagegen kam die Waldkircher Wahl gleich an die Reihe. Sie rief eine Debatte hervor, die bis ½3 Uhr dauerte und stellenweise höchst interessant war. Es handelte sich um zwei Fragen: Sind Wahlzettel ohne Namen des Kandidaten mit zu zählen? War die Regierung gehalten, die Ersatzwahlen für die ausgefallenen Wahlmänner vorzunehmen? Beide Fragen wurden direkt entgegengesetzt beantwortet, je nachdem ein Nationalliberaler oder ein Centrumsmann darüber sprach. Daneben spielte noch eine dritte Frage eine Rolle: ob die Wahl des Abgeordneten „erheblich verzögert" worden wäre, wenn die Ergänzungswahl der Wahlmänner vorausgegangen wäre. Die Frage läßt sich mit dem Kalender in der Hand ganz genau beantworten. Vier Wochen vor der Wahlmännerwahl müssen die Wählerlisten aufgelegt werden. Und mindestens 6 Tage vor der Abgeordnetenwahl müssen die Wahlmänner die Einladung in Händen haben. Am 19. Dezember hat Gsell sein Mandat niedergelegt. Die Aufstellung der Wählerliste in einem einzigen Waldkircher Distrikt konnte keine Schwierigkeiten bereiten, noch weniger in den Gemeinden Eisach, Siensbach, Oberglottertthal und Reute. Am 23. Dezember konnte dieses Geschäft erledigt sein. Am 21. Januar konnte die Wahlmännerwahl erfolgen und 8 Tage später die Abgeordnetenwahl. Da bloß 5 Wahlmänner anwesend waren, konnte der Wahlkommissär für die übrigen Alles zurechtlegen. Der Gewählte konnte dann noch vor Schluß des Januar den Sitzungen anwohnen. Dem gegenüber blieben Minister Eisenlohr wie auch der nationalliberale Berichterstatter Wölckens dabei, daß er vor Mitte Februar nicht hätte kommen können; Wacker's andere Rechnung machte bei den Herren — keinen Eindruck. Im Uebrigen gab es sehr lebhafte Scenen, bei denen die Herren Fieser, Kiefer und Minister Eisenlohr auf der einen, Birkenmayer, Gerber und Wacker auf der anderen Seite die Rollen hatten.

Minister Eisenlohr mußte zugeben, daß es nicht dem freien Ermessen der Regierung überlassen ist, solche Nachwahlen anzuordnen oder nicht. Er widersprach zwar, konnte es aber nicht widerlegen, als Abg. Wacker den Vorwurf erhob, daß er vor 4 Jahren ungesetzlich gehandelt habe, da er es unterließ, Nachwahlen anzuordnen. Er ließ es sich auch gefallen, daß derselbe Abgeordnete erzählte, wie man draußen nur gefragt habe, für welche Partei die Nachwahlen günstig wären, um daraus zu schließen, ob sie vorgenommen werden oder nicht. Als er mit unverkennbarer persönlicher Spitze von der „Unzufriedenheit des Herrn Wacker" sprach und davon, daß ihm die Unzufriedenheit „eines einzelnen Mitgliedes" der Kammer „gleichgiltig" sei, gab ihm Abg. Wacker zurück: er wolle nicht so unhöflich sein und erörtern, welchen Werth er selber auf die Zufriedenheit des Herrn Ministers lege (er hätte sagen dürfen: „des Herrn Eisenlohr"), dagegen den Wunsch aussprechen, der Herr Minister möge bei seinen jeweiligen Entschließungen sich frei halten von jeglicher Rücksicht auf die Zufriedenheit irgend eines Abgeordneten, ob er links oder rechts sitze.

Abg. Fieser glaubte den Wahlfeldmarschall beziehen zu sollen, erhielt aber die Antwort: wenn einmal die Wahlmänner gewählt seien und so und so viel Bürgermeister und Gemeinderäthe sich darunter befänden, dann gingen die „Großh. badischen Wahlfeldmarschälle, in der Person der Herren Amtmänner" an die Arbeit. „Unser Einer kann dann nicht mehr viel retten," wenn noch Etwas gerettet werden soll.

Den Abg. Kiefer, der auf die „Praxis der großen Parlamente" hinwies und die „Sterigkeit" sehr betonte, verwies er auf die Praxis der Zweiten Kammer resp. der Mehrheit derselben und schilderte an einer Reihe von Beispielen dieselbe, wobei gerade Kiefer sehr schlecht wegkam. Wacker erinnerte ihn nämlich, wie er im Jahre 1881 ihm den Nachweis geliefert, daß er ein und dieselbe Frage direkt entgegengesetzt behandelte als 4 Jahre zuvor. Allerdings habe es sich das eine Mal um einen Centrumsabgeordneten, das andere Mal um einen nationalliberalen gehandelt. Da Kiefer es bestritt, gab ihm Wacker zurück: er hätte nicht gedacht, daß Kiefer ein so schwaches Gedächtniß habe; es habe ja damals eine so lebhafte Szene gegeben, daß man annehmen dürfte, er würde sie „sein Lebtag nicht vergessen."

Abg. Kiefer verrannte sich noch mehr durch weiteren fast drohenden Widerspruch mit dem Hinweis auf die Akten, — die den Beweis gegen ihn enthalten.

Abg. Birkenmayer hatte einen sehr guten Tag. Er bereicherte die Wacker'sche Sammlung von Wahlzetteln für Centrumskandidaten, welche beanstandet wurden und

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

der Abg. Gerber fragte nachher sehr wirksam, woher es doch kommen möge, daß gar keine Beispiele von ähnlich beanstandeten Wahlzetteln für nationalliberale Kandidaten erzählt werden könnten.

Karlsruhe, 19. Jan. Die Eröffnung des Strafverfahrens gegen Baare, den Geheimen Kommerzienrath und Generaldirektor des „Bochumer Vereins", wird der „Germ." aus Essen gemeldet. Wegen welchen Vergehens das Strafverfahren eröffnet worden ist, so schreibt dazu das genannte Blatt, wird nicht angegeben, wir finden auch in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung", welche bekanntlich Herrn Baare recht nahe steht, nichts darüber finden können, während das Blatt genau darüber unterrichtet worden ist, daß die Angeklagten Arbeiter unentgeltlich, die angeklagten Beamten des Bochumer Vereins (auch der Generaldirektor?) auf Kosten der Aktiengesellschaft „Bochumer Verein für Gußstahlfabrikation" vertheidigt werden sollen. Falls diese Nachricht sich bestätigen sollte, so würde dieselbe in der Oeffentlichkeit wohl kaum der Kritik entgehen. Größere Beachtung und auch, von gewissen Herrn Baare nahestehenden politischen Kreisen abgesehen, ungetheilte Befriedigung wird die Nachricht hervorrufen, daß gegen Herrn Baare das Strafverfahren eröffnet worden ist. Herr Baare selbst und die ihm ergebene Presse haben gar zu sehr und allzu lange die öffentliche Meinung zu verwirren gesucht, indem sie den Herrn Generaldirektor als vollständig unschuldig hinstellten und die Enthüllungen Fusangel's als die niederträchtigsten Verleumdungen bezeichneten. Und als dennoch „Unregelmäßigkeiten" in dem Ermittelungsverfahren sich herausstellten und die Voruntersuchung gegen „Rosenbahl und Genossen" eingeleitet wurde, wagte ein Herrn Baare nahestehendes Blatt mit dreister Stirn zu behaupten, daß der Staatsanwalt die Unschuld Baares als zweifellos hingestellt habe, eine Behauptung, die allerdings gleich darauf ein Dementi erfuhr. Das Belastungsmaterial, welches Herr Fusangel in Betreff der geflickten Schienen und der gefälschten Stempel auch gegen Herrn Baare vorgebracht und zum Theil auch öffentlich mitgetheilt hat, war so specifizirt und so gravirend, daß die öffentliche Meinung es nicht verstanden haben würde, wenn daraufhin nicht ein Strafverfahren gegen Herrn Baare eingeleitet worden wäre. Die förmliche Versetzung in den Anklagestand, die jetzt von der Strafkammer ausgesprochen ist, läßt erkennen, daß thatsächlich sehr gravirende Momente gegen Herrn Baare vorliegen. Ob und in welchem Maße Herr Baare schuldig ist, muß sich jetzt vor Gericht entscheiden; wir enthalten uns darüber eines Urtheils bis das kompetente Gericht gesprochen haben wird. Einstweilen aber konstatiren wir mit großer Befriedigung, daß mit der förmlichen Eröffnung des Strafverfahrens dem Rechte und dem Rechtsbewußtsein im Volke Genugthuung gegeben worden ist.

Karlsruhe, 18. Jan. Echt sind, so wird der „Post" von „betheiligter Seite" geschrieben, die beiden (auch vom „Beobachter" neulich veröffentlichten Aktenstücke fanatischen Katholikenhasses, nur sollen einige Fehler untergelaufen und ein Satz ausgeblieben sein. Das freikonservative Organ schreibt: „Die „Germania" hat am 5. d. M. den Wortlaut einer Bittschrift von Gegnern der Jesuiten an Se. Majestät den Kaiser und eines an die Unterzeichner derselben gerichteten Begleitschreibens abgedruckt. Die Schriftstücke waren als „streng vertraulich" bezeichnet. Bei dem ganzen Verkehr in dieser Sache hat die denkbarste Vorsicht gewaltet. Es ist nicht anzunehmen, daß die Schriftstücke anders als auf dem Wege des Vertrauensbruchs in die Hände der „Germania" gelangt sind. Der Abdruck enthält eine große Zahl von Fehlern, theilweise sinnentstellend. Ueberdies fehlt ein Satz und diesen Satz nachzutragen, mag unsere einzige Kritik des ganzen Verfahrens sein. Die „Germania" druckt richtig ab: „Es bedarf keines Hinweises darauf, daß dieser Wortlaut streng vertraulich behandelt und auf's Peinlichste darüber gewacht werde, damit nicht durch unvorsichtige Aufbewahrung dessen eine böswillige Veröffentlichung möglich gemacht werde." Dann fehlt der folgende Satz: „Wir verweisen darauf mit solcher Ausführlichkeit einerseits, weil wir Beispiele kennen, wo auf bisher unaufgeklärte Weise vertrauliche Schriftstücke in ultramontane Zeitungen gelangten, und andererseits, weil eine Veröffentlichung nicht nur der Sache schaden, sondern vor Allem die schuldige Ehrfurcht vor Seiner Majestät gröblich verletzen würde. — Also nur die den Machern so unbequeme Veröffentlichung hat die betheiligte Seite zu beklagen, mit dem schmachvollen Inhalt ist sie ganz einverstanden! Was aber den Vertrauensbruch anlangt, so bemerkt die „Germania" zunächst, daß ihrerseits ein solcher nicht vorliegt. Die betheiligte Seite, fügt das Blatt hinzu, übersieht in ihrem Eifer, daß solche Aktenstücke auch bei „peinlichster Sorgfalt" an eine Adresse gelangen können, die durchaus keinen Grund oder Verpflichtung hat, die Zuschrift als vertraulich zu behandeln. Prinzipiell betrachtet, kann allerdings bei einer schlechten Sache von Vertrauensbruch überhaupt nicht die Rede sein, sondern Jeder ist verpflichtet, die Ausführung derselben nach Kräften zu verhindern. Den Absendern freilich scheint jedes Gefühl dafür geschwunden, daß nicht die vorzeitige Veröffentlichung „die schuldige Ehrfurcht vor Seiner Majestät gröblich verletzt", sondern der Inhalt der Schriftstücke eine schwere Beleidigung des Kaisers bildet.

Badischer Landtag.

H. **Karlsruhe,** 18. Jan.

13. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. (Forts.)

Der weitere Verlauf der heutigen Landtagsverhandlungen war in mancher Hinsicht interessant. Die Debatten über die Waldkircher Wahl wurden in so ausgedehnter Weise und so lebhaft geführt, daß sie die Kammer bis gegen ½1 Uhr in Anspruch nahmen, ohne daß auch nur ein auf die Tagesordnung gestellter Punkt zur Verhandlung gelangen konnte.

Abg. Wilckens erstattete Namens der Wahlprüfungskommission, die sich zur Vorbereitung eine Stunde zurückgezogen hatte, über die Waldkircher Wahl, mit deren Verlauf unsere Leser aus früheren Artikeln schon eingehend vertraut sind, Bericht. Er betont, daß von einer Ergänzung der Wahlmänner wegen Verzögerung Umgang genommen wurde. Gleich nach der Wahl wurde von einem Wahlmann Protest erhoben, weil auf 2 Wahlzetteln der Name Josef Burger fehlte und nur „Endebauer" darauf stand. Später ging auch ein schriftlicher Protest ein, weil das Wahlmännerkollegium nicht ergänzt wurde, indem andernfalls wohl ein anderes Resultat hätte herauskommen können. Dann sei beantragt, die Wahl für ungiltig zu erklären. Redner bezeichnet die Unterlassung der Nachwahl nach dem Wortlaut des Gesetzes für zulässig, weil die Neuaufstellung der Wählerlisten und die Vornahme der Wahl mehrere Wochen in Anspruch genommen hätte und der Bezirk längere Zeit ohne Vertretung geblieben wäre. Die Stimmzettel ohne Namen bezeichneten den Gewählten hinlänglich, weil in Prechthal nur ein Endebauer existire und ihm nur ein Kandidat gegenübergestanden sei. Deshalb beantrage die Mehrheit der Abtheilung, den Protest als unbegründet zu verwerfen und die Wahl selbst für unbeanstandet zu erklären.

Abg. Wacker tritt den Ausführungen des Berichterstatters energisch entgegen. In keinem Punkt kann er dessen Ansichten theilen, auch seine Berechnungen bezüglich der Verzögerung nicht. Er müsse die Frage, ob die Regierung berechtigt gewesen sei, die Erneuerungswahl für die abgegangenen Wahlmänner zu umgehen, entschieden verneinen. Das Gesetz gestatte nur einen einzigen Ausnahmefall für diese Umgehung, und das sei das Eintreten einer erheblichen Verzögerung. Eine solche sei aber nicht zu befürchten gewesen, da die Angelegenheit zum größten Theil in die Parlamentsferien gefallen sei. In längstens 8 oder 10 Tagen nach Wiederzusammentritt der Kammer hätte auch bei Vornahme von Erneuerungswahlen der abgegangenen Wahlmänner der Abgeordnete gewählt sein können. Eine erhebliche Verzögerung könne dies aber nicht genannt werden. Vor 4 Jahren seien wir in demselben Bezirk in der gleichen Lage gewesen. Damals stand der Regierung vom Tage der Mandatsniederlegung bis zur Kammereröffnung ein Vierteljahr zur Verfügung, aber gleichwohl habe sie die Erneuerungswahl nicht vorgenommen. Dieses Vorgehen der Regierung konnte nicht im Entferntesten gerechtfertigt werden. Nach dem Bekanntwerden der Mandatsniederlegung habe man sich allenthalben gleich die Frage vorgelegt, sind Erneuerungswahlen vorzunehmen, und dann, wie würden diese ausfallen, und nachdem er überzeugt gewesen sei, daß sie nur zu Gunsten des Centrums ausfallen könnten, habe er sich gesagt, „es finden keine statt" und dabei habe er sich nicht getäuscht. Das Gesetz lege jedoch der Regierung die Pflicht auf, außer dem genannten Ausnahmefall, überall Nachwahlen anzuordnen, jede Willkür sei dabei ausgeschlossen. Der Hinweis des Berichterstatters auf die großen Gemeinden Waldkirch und Elzach mit je über 3000 Seelen, in denen die Aufstellung der Wählerlisten sehr schwierig gewesen wäre, sei nicht gerechtfertigt. Es stimme zwar die angegebene Einwohnerzahl, allein sowohl in Waldkirch wie auch in Elzach hätte nicht die ganze Gemeinde, sondern jeweils der betr. Distrikt, in welchem der Wahlmann abgegangen sei, zu wählen gehabt. Es kommen da also nicht ca. 3000, sondern 1000—1200 Seelen in Betracht. In Elzach, wie auch in den anderen drei kleineren Gemeinden, die ebenfalls theils 1, theils 2 oder 3 Wahlmänner zu wählen gehabt hätten, sei eine stabile Bevölkerung. Von einer schwierigen Aufstellung der Wählerlisten könne also keine Rede sein. Die zweite Hauptfrage sei, wie müssen die Kandidaten auf den Wahlzetteln bezeichnet sein. § 63 der Wahlordnung gebe darüber genaue Auskunft, indem er jene Zettel für ungiltig erkläre, welche unleserlich geschrieben sind oder die Person des Kandidaten nicht hinlänglich bezeichnen. Im Sinne der Wähler könne er sagen, die beiden in Frage kommenden Wahlzettel bezeichnen den Kandidaten hinlänglich, denn er sei keinen Augenblick darüber im Zweifel, daß dieselben den Endebauer Jos. Burger thatsächlich wählen wollten; im Sinne des Gesetzes sage er Nein. Er könnte aber auch im Sinne des Gesetzes Ja sagen, wenn die Praxis allgemein so wäre, bis jetzt sei diese jedoch anders gewesen. Bei einer früheren Wahl des Herrn Kollegen Marbe sei ein Wahlzettel für ungiltig erklärt worden, weil er nur die Bezeichnung trug: Anwalt Marbe in Freiburg. Herr Marbe habe nun einen Bruder, der in Freiburg in die Anwaltsliste eingetragen sei, der aber noch niemals die Anwaltspraxis ausgeübt habe und von Niemand als Anwalt bezeichnet werde, denn er sei städtischer Grundbuchführer. Unter Anwalt Marbe verstehe in Freiburg und Umgegend Jedermann den Abg. Marbe und diesen hätte der Wahlmann auch genannt. Trotzdem sei aber der Wahlzettel für ungiltig erklärt worden.

Kiefer: Von wem?

Wacker: Vom Wahlkommissär.

Fieser: Es gibt nur Wahlkommissionen und keine Wahlkommissäre.

Wacker: Die Wahlkommissäre sind auch die Wahlkommissionen, ich werde das später beweisen. Formal sei diese Beanstandung berechtigt gewesen. Aehnlich sei es bei der Wahl des Herrn Stellegen v. Bodman vorgekommen, wo ein Wahlzettel abgegeben worden sei mit der Bezeichnung „Oberamtsrichter Baron in Baden". Auch dieser Zettel sei ungiltig erklärt worden. Er möchte hier also konsequent verfahren haben. Er sei aber der Ansicht, daß zur hinlänglichen Bezeichnung eines Kandidaten mindestens der Name gehöre. Redner schilderte darauf ausführlich die näheren Umstände bei der Giltigkeitserklärung der beiden beanstandeten Wahlzettel durch die Wahlkommission und wies dabei überzeugend nach, daß der Wahlkommissär auch Wahlkommission ist und fährt dann fort: Wenn der Vertreter der Großh. Regierung ihm mit Zustimmung des hohen Hauses die Zusicherung gebe, daß derartige mangelhaft ausgefüllte Wahlzettel, sobald ausgemacht sei, daß die Wähler den Kandidaten zweifellos gemeint haben, auch in Zukunft als giltig zu betrachten seien, wolle er sich beruhigen. So lange er diese Zusicherung jedoch nicht habe, halte er sich an die bisherige Praxis und nach dieser müsse er für die Ungiltigkeitserklärung stimmen.

Staatsrath Eisenlohr entgegnet, bisher sei es wegen des Wahlmännerkollegiums so gehalten worden und er habe es darum wieder so gehalten, damit der Abgeordnete schon am 18. Januar eintreten könne. Er werde sich aber einem andern Votum des Hauses fügen, glaube aber, daß seine Handlungsweise gebilligt werde. Nicht der Wahlkommissär entscheide aber über Giltigkeit der Wahlzettel, sondern das hohe Haus und dieses werde entscheiden, ob auf den zwei Zetteln die Person hinlänglich bezeichnet sei.

Abg. Fieser weist darauf hin, daß gerade der „Bad. Beob." eine rasche Vornahme der Wahl wünschte, in der Hoffnung, daß sie ultramontan ausfallen werde. Die konstante Praxis des Hauses verlangte sofortige Vornahme der Wahl, er selbst habe nicht geglaubt, daß sie zu Gunsten der Liberalen ausfallen werde, zudem Generalwahlfeldmarschall Wacker selbst dem Wahlmännerkollegium angehörte. Der Umstand, daß die Wahl anders ausgefallen, sei doch nicht maßgebend, um eine andere Praxis einzuführen. Vor Anfang Februar hätte die Wahl nicht stattfinden können und das Haus stehe vor großen und schweren Aufgaben. Ferner habe Burger doch gesiegt, wenn man auch die zwei Zettel in Abzug bringe, sobald man die vorhandene Zahl der Wahlmänner allein in Rechnung bringe. Die Regierung könne die erwünschte Zusicherung dem Abg. Wacker nicht geben und wenn das Haus auch zustimmen würde, wäre eine künftige Kammer doch an diesen Beschluß nicht gebunden. Die Wahlzettel seien giltig, denn sie bezeichnen den Gewählten hinlänglich und nur Parteiinteresse könnte dies in Abrede stellen. Es sei korrekt gehandelt worden und er werde für Giltigkeit der Wahl stimmen.

Abg. Birkenmayer weist den Vorwurf zurück, daß seine Partei die Frage nicht objektiv behandle. Er kann dem Antrag der Kommission aus den beiden gleichen Gründen, wie der Abg. Wacker, nicht zustimmen, hätte allerdings an einer milderen Praxis nichts auszusetzen. Vor Allem soll aber der Wahlmann den Namen seines Kandidaten wissen, vielleicht werde bald die indirekte Wahl enthauptet. (Bravo!) Für ihn seien Wahlzettel mit unrichtiger Bezeichnung des Namens und auch des Standes abgegeben und diese sämmtlich für ungiltig erklärt worden. Die Nichtergänzung des Wahlmännerkollegiums sei aber viel schwerer, weil sie einen Theil des Volkes mundtodt mache und deßhalb müsse die Wahl beanstandet werden. Dies illustrire auch das jetzige Wahlsystem und werde von Einfluß bei der Diskussion über das direkte Wahlrecht sein.

Abg. Kiefer spricht für Giltigkeit der Wahl, weil es der bisherigen Praxis entspreche. Wenn ein Abgeordneter fehle, seien nicht nur ein paar kleinere Gemeinden, sondern ein ganzer Bezirk unvertreten. Mit „Endenbauer" sei der Inhaber eines Bauernhofes bezeichnet und ein Irrthum deshalb unmöglich. Es läge hier eine pietätvolle Praxis vor und man solle diese Frage nicht im Parteiinteresse, sondern im Interesse des Ansehens und Autorität des Hauses entscheiden.

Abg. Schumann erklärt, was normal eintreten müsse, sei keine Verzögerung und zudem seien gerade noch Ferien eingetreten. Die Voraussetzung des Gesetzes treffe nicht zu und deshalb hätte eine Ergänzungswahl stattfinden müssen. Aus diesem Grunde sei er für Anfechtung der Wahl, nicht wegen der Stimmzettel. Eine bisherige Praxis dürfte immerhin eine Nachprüfung erleiden. Es handle sich nicht darum, rasch einen, sondern den richtigen Vertreter in das Haus zu bringen.

Abg. Wacker bekümmert sich nicht um die Zufriedenheit des Abg. Fieser und erklärt, er habe jenen Artikel im „Bad. Beobachter" nicht geschrieben. Es freue ihn, wenn die Vertreter der Großh. Staatsbehörde den „Beobachter" eifrig studiren. Schon dort sei geschrieben worden, es werde mit der Regierung ein ernstes Wort gesprochen werden, die Wahl möge ausfallen wie sie wolle. Vor 4 Jahren sei vor der Wahl ein Protest wegen der gleichen Angelegenheit von ihm eingereicht worden, trotzdem seine Partei die beste Aussicht hatte. Vor 4 Jahren sei ungesetzlich gehandelt worden, der Abgeordnete hatte im Hochsommer sein Mandat niedergelegt und sein Nachfolger hätte zur Eröffnung kommen können, wenn die Wahl rechtzeitig vorgenommen worden wäre. Nur vor der Wahlmännerwahl sei er thätig, nachher kämen die Großh. badischen Generalwahlfeldmarschälle, die Amtsmänner, und in jener Zeit werde er auch künftig nach Kräften thätig sein. Wenn keine andere Thätigkeit bei Wahlen vorkämen, als die seinige, würde es viel reinlicher dabei zugehen. Redner verweist auf Anfechtungen von Wahlen nach anderer Praxis, wobei der Abg. Kiefer stets seine Gründe geändert, je nachdem es sich um eine Partei gehandelt (Kiefer widerspricht). Wacker hält es aber aufrecht.

Staatsrath Eisenlohr vertheidigt nochmals seine Handlungsweise mit ähnlichen Vorkommnissen in früheren Sessionen.

Abg. Dr. Heimburger kommt zu dem Schlusse, daß die Stimmzettel genau die Person des Gewählten bezeichnete und deßhalb solche giltig seien. Dann aber habe dieser die Mehrheit, selbst wenn die zu wählenden Wahlmänner für den Gegner stimmten und deßhalb sei er für Giltigkeit der Wahl.

Abg. Kiefer erklärt, er werde nachweisen, daß die Vorwürfe des Abg. Wacker unrichtig seien.

Abg. Gerber behauptet, jedes amtliche Schriftstück müsse den richtigen Namen tragen, demnach auch die Stimmzettel, und deßhalb seien sie ungiltig. Hoffentlich kommen aber bald die direkten Wahlen und diese Geschichten nehmen ein Ende. Oftmals fehlen auch Abgeordnete in der Kammer und ihr Bezirk ist dadurch unvertreten. Der Herr Regierungsvertreter habe erklärt, er werde sich nach der Majorität richten, nun also, machet das Maß Eurer Sünden voll, das Volk wird richten, wir werden den Beschluß unters Volk tragen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Strand vertheidigt den Abtheilungsbeschluß mit den gleichen Gründen wie der Abg. Venedey und empfahl dessen Annahme.

Damit schließt die Debatte. Nach einigen persönlichen Bemerkungen der Abgg. Wacker und Fieser und einem Schlußwort des Berichterstatters, der Gerbers Rede an die Kapuzinerpredigt in Wallensteins Lager erinnert, wird der Antrag der Abtheilung resp. Kommission auf Giltigkeit der Wahl angenommen. Damit schließt die Sitzung.

△ **Karlsruhe,** 19. Jan.

Präsident Lamey eröffnet die 14. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer um 9 Uhr Vormittags. Am Regierungstische Finanzminister Glüsing und Ministerialdirektor Seubert. Petitionen sind eingegangen von Gemeinden des ehemaligen Bezirksamts Boxberg um Wiederherstellung des Bezirksamts, von Neustadt um Aenderung des Fischereigesetzes, von Rektoren der 7klassigen Realschulen wegen Aenderung des Gehaltstarifs, von einer Privatperson wegen Entschädigung und von einem katholischen Geistlichen im Elsaß um Zulassung einer Zweigniederlassung der Elsässer Kapuziner im Kinzigthale. Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Präsident eine Erklärung ab über seine, bei der nationalliberalen Parteiversammlung im Schrempp'schen Saale gethane Aeußerung: es habe ihm in der Kammer nicht sauber und wohlriechend genug ausgesehen. Er erkläre, diese Aeußerung sei derart aufgebauscht worden, daß er sich verpflichtet fühle, die Sache hier durch einige Worte beizulegen. Er müsse Verwahrung gegen den ihm unterschobenen Sinn einlegen und könne aber auch nicht zugeben, daß die Aeußerungen des Präsidenten aber der Mitglieder des Hauses außerhalb einer Censur unterworfen oder dieselben dafür zur Verantwortung gezogen würde. Richtig ist, daß er zu jener Versammlung eingeladen, daselbst anwesend war und gesprochen habe, frei und ohne jegliche Vorbereitung. Die Erinnerung hatte ihn schon verlassen, als er einen Artikel des „Freiburger Boten" in der Sache zugeschickt erhalten habe, worin seinen Worten ein ganz anderer Sinn untergeschoben war. Er habe in seiner Rede auseinander gesetzt, daß ihm in seinem Alter Mandat und Präsidium Mühe, Sorgen und Unannehmlichkeiten in hohem Maße bringen und da soll er nun beigefügt haben: „Es scheint mir auch nicht sauber und wohlriechend genug zu sein!" Das sei nicht das erste Mal, daß einzelne Sätze seiner Reden aus dem Zusammenhange herausgerissen worden und eine andere Deutung erhielten, die nicht beabsichtigt war. Denn es existiren heute noch Legenden, von denen auch nicht das Geringste wahr sei. Das sei aber nicht nur ihm, sondern auch anderen Männern so gegangen und es gereiche ihm zum Troste, daß es nicht die schlechtesten Früchte sind, an denen die Wespen nagen. In der Versammlung sei diese Aeußerung auch spurlos vorübergegangen, erst die Centrumspresse habe sie aufgegriffen. Er habe aber keine physischen Qualitäten, auch nicht die Personen der Kammer gemeint, sondern nur von der politischen Atmosphäre gesprochen, wie sie zur Zeit und gleich nach der Wahl gewesen. Das Präsidium bringe viele Unannehmlichkeiten mit sich, wenn die politischen Parteien aufeinander stoßen, auch habe die nationalliberale Partei eine Niederlage erlitten und er werde doch nicht darüber als Mitglied seine Freude aussprechen. Wer mit klarem Sinne und ohne Vorurtheil die Worte erwäge, werde finden, daß er nur die politische Lage gemeint, die nicht klar und sauber genug sei. Allerdings sei ihm in einem Blatte vor der Präsidentenwahl Parteilichkeit vorgeworfen worden und bemerkt, wenn er wieder gewählt werden sollte, werde man schon Mittel finden, um ihn unschädlich zu machen. Gegen solche Angriffe dürfe man doch einen Scherz machen. Uebrigens habe er die Frage, ob es sauber und wohlriechend genug sei, durch sein Erscheinen und die Uebernahme des Präsidiums gelöst. Er glaube aber nicht, daß die Angriffe in der Presse von Abgeordneten ausgehen und er hoffe, Alle überzeugt zu haben, daß er Niemand im Hause beleidigen wollte.

Abg. v. Buol erklärt Namens seiner Partei, daß dieselbe sich ihrer Entschließung vorbehält, bis der Wortlaut jener Rede vorliege.

Abg. Rüdt bemerkt, seine Partei fühle sich durch jene Worte nicht getroffen, weil sie so reine Hände habe, wie die Partei des Präsidenten. Es thue ihm leid, daß der Herr Präsident bei seinen hohen Jahren sich zu entschuldigen suchte.

Präsident Lamey erwidert, er habe sich nicht entschuldigt, sondern jene Aeußerung nur erklärt und sich lange geweigert, als er um eine Erklärung ersucht wurde.

Damit war die Sache erledigt und es wurde in die Tagesordnung eingetreten. (Schluß folgt.)

Nächste Sitzung Donnerstag.

Personalnachrichten.

Großh. Zolldirektion.

Versetzt werden: Hauptamtsassistent Ernst Seubert in Heidelberg nach Lörrach, Hauptamtsassistent Wöppel in Karlsruhe nach Heidelberg statt nach Lörrach.

Entlassen: Grenzaufseher Heinrich Boller in Tingelstadt (auf Ansuchen).

Schulwesen.

I. Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen ꝛc.

1. Auf Grund ordnungsmäßig bestandener Prüfung sind unter die Zahl der Realschulkandidaten aufgenommen worden:

a. Sprachliche Abtheilung:

Samuel Frank von Baierthal, Hermann Jost von Ettlingen, August Meinzer von Münzesheim, August Sütterlin von Langenau.

b. Mathematisch-naturwissenschaftliche Abtheilung:

Georg Feuerstein von Schönau, Emil Karl von Karlsruhe, Dagobert Rimmele von Oberhof, Ferdinand Zeller von Blumegg.

2. Die Prüfung für Taubstummenlehrer haben ordnungsmäßig bestanden:

Eduard Hollenbach von Daisbach, Albert Ritter von Schönwald, Jakob Schittenmüller von Wolterdingen, August Wiedemer von Appenweier, Otto Willareth von Pforzheim, Anton Winderhalder von Reute.

II. Dienstnachrichten und Diensterledigungen.

A. Mittel- und Gewerbeschulen, Lehrerbildungsanstalten ꝛc.

Ernennungen:

Ferdinand Zeller, Hauptlehrer an der Höheren Bürgerschule in Achern, erhält die etatsmäßige Stelle eines Reallehrers an dieser Anstalt.

B. Volksschulen.

Versetzungen und Ernennungen:

Elisabeth Ellenberger, Schulkandidatin, als Hilfslehrerin, nach Sinsheim, Fritz Gersbach, Unterlehrer in Selbach, A. Rastatt, als Hilfslehrer nach Seelbach, A. Rastatt, Hermann Göbel als Hilfslehrer nach Ottenhöfen, Andreas Kaufmann als Hilfslehrer nach Rockenau, Emil Schwarz, Schulkandidat, als Hilfslehrer nach Karlsruhe.

Kleine badische Chronik.

Karlsruhe, 18. Jan. Casualien der Pfarreien des Landkapitels Ettlingen im Jahre 1891:

O.-Z.	Name der Pfarrei.	Taufen.	Ehen.	Beerdigungen.
1.	Au am Rhein	40	6	21
2.	Bulach	107	18	74
3.	Burbach	45	7	59
4.	Busenbach	39	9	23
5.	Daxlanden	151	35	85
6.	Durlach	55	7	35
7.	Durmersheim	128	21	102
8.	Ettlingen	184	37	173
9.	Ettlingenweier	84	20	77
10.	Karlsruhe, Ev. Stefan	878	238	308
11.	„ Liebfrauenkirche (seit 8. Dez. bis 1. Januar)	19	—	7
12.	Karlsruhe-Mühlburg	106	31	70
13.	Malsch	156	32	115
14.	Mörsch	197	33	149
15.	Moosbronn	4	3	6
16.	Reichenbach	43	10	50
17.	Schöllbronn	52	5	32
18.	Spessart	28	13	16
19.	Stupferich	34	5	26
20.	Völkersbach	22	4	51
	Summe	2369	526	1662

Eppingen, 17. Jan. Als gestern Mittag der Güterzug, der um halb 1 Uhr hier ankommt, mit 2 Lokomotiven in den Bahnhof einfuhr, entgleisten die Letzteren und ein Güterwagen aus einer bis jetzt noch unbekannten Ursache. Die Maschinen richteten an Schwellen und Schienen einen großen Schaden an. Nachdem von Karlsruhe mit dem letzten Zug gestern Abend Hülfsmannschaften herbeigeeilt, wurde die ganze Nacht bei der bitterkalten Kälte gearbeitet und heute Morgen um 10 Uhr fanden Lokomotiven und Wagen, freilich in sehr beschädigtem Zustande, wieder auf den Schienen. Zum größten Glück ist Niemand vom Zugspersonal verunglückt.

Lokales.

Karlsruhe, 19. Januar.

× **Gastspiel Hermance und Marianne Mertens Saßmayer.** Der Verkauf der Karten zu diesem, am Mittwoch, den 20. Januar 1892, im Museumssaale stattfindenden Gastspiele findet in der Musikalienhandlung des Herrn Friedrich Doerl, Kaiserstraße 159, statt. Der Preis der Karten ist auf Mk. 3.—, 2.—, 1.50 und 1.— gestellt.

— **Der Gedankenleser Lané,** welcher Mittwoch, den 20., und Samstag, den 23., im Saale der Gesellschaft „Eintracht" seine antispiritistische Vorstellungen gibt, wurde gelegentlich seines Auftretens in Leipzig dieser Tage durch folgenden Brief eines Leipziger Kaufmanns überrascht:

Leipzig, 15. November 1891.

Herrn Lané u. Mad. Rey, Wohlgeboren
Leipzig, „Central-Hotel."

Gestatte mir hierdurch ganz ergebenst, Sie mit einem Auftrage zu belästigen. — Ich hatte nämlich gestern Abend Gelegenheit, Ihrer Kunstvorstellung beizuwohnen und bin natürlich von den gebotenen Leistungen, wie viele Andere, mit welchen ich davon sprach, im höchsten Grade erstaunt, und kann Ihnen nur meinen ungetheilten Beifall zollen. — Da mir nun am 13. d. M. in der Zeit von halb 5—6 Uhr Nachmittags in meinem Geschäftslokale 2 Paar Boutons (Ohrringe) gestohlen wurden, während Anwesenheit von 8 Leuten, welche nicht ständig beaufsichtigt worden sind, so frage ich hierdurch ergebenst an, ob es Ihnen mit Hilfe Ihrer Kunst nicht möglich wäre, mir den Dieb so zu bezeichnen, daß ich ihn fassen kann. Wenn Sie mir dazu behilflich sein könnten, würden Sie mich zu großem Dank verpflichten und bitte ich Sie, mir betreffs dieser Frage gefälligst Bescheid zugeben zu lassen.

In dieser Erwartung verbleibe ich
Hochachtungsvoll und ergebenst
R. . . . . R. . . . . .

So sonderbar das Verlangen dieses Herrn R. ist, so beweist es doch, welchen Eindruck die Vorstellungen des Herrn Lané und der Mad. Rey auf das Leipziger Publikum gemacht haben.

— **Schwurgericht.** Im siebenten Fall handelt es sich um die Anklage gegen Kaufmann Philipp Mendelin Ruf von Ueberlingen, zuletzt in Pforzheim, wegen betrügerischen Bankerotts und Unterschlagung. Nach ausgebrochenem Konkurse soll nach Ansicht der Anklage Ruf einen Betrag von 433 Mark, den er noch im Besitz hatte, verheimlicht haben. Der Vertreter der Staatsbehörde, Herr Staatsanwalt Dr. Dölter beantragte die Schuldigerklärung wegen betrügerischen Bankerotts, doch die Geschworenen entschieden, es liege nur ein einfacher Bankerott vor, worauf das Gericht eine Gefängnißstrafe von 5 Monaten, abzüglich 3 Monate Untersuchungshaft, aussprach. Die Vertheidigung führte Herr Rechtsanwalt Schneider. Der 8. Fall betrifft die Anklage gegen den 28 Jahre alten Aufseher Ferdinand Heil von Philippsburg wegen Sittlichkeitsverbrechens. Urtheil: 1 Jahr 6 Monate Gefängniß; und der 9. Fall die Anklage gegen den 22 Jahre alten Taglöhner Rudolf Meinzer von Hochstetten wegen Sittlichkeitsverbrechens. Urtheil: 7 Monate Gefängniß.

⊙ **Sport.** Wie uns von verschiedener Seite bekannt, wurden der Firma Andreas Hoch, Velocipedhändler in Karlsruhe, die Generalvertretung der altrenommirten, besten, mit den größten Erfolgen gekrönten englischen und deutschen Fabriken von Humber & Co. Ltd. Beeston, Coventry und Wolverhampton, Coventry Maschinist Co., Coventry (der berühmten Swiftfahrräder) und Dürrkopp & Co., Bielefeld, übertragen, und glauben wir sagen zu können, daß obige Firma wohl jetzt den ersten Rang der besten Fabrikate einnimmt.

Neueste Nachrichten.

Die Königin von England ist an der Influenza ernstlich erkrankt, ebenso der Jesuitengeneral Anderledi.

Belgrad, 19. Jan. Allgemein verlautet, die Regierung sei entschlossen, zu demissioniren, wenn es ihr nicht gelingt, die Interpellation wegen der Befreiung des Abgeordneten Stanojevic aus der Haft rückgängig zu machen, gegen welche die Regentschaft ihre ganze Autorität einsetzen will.

Tiflis, 19. Jan. Als gestern die aus der armenischen Kathedrale kommende, sich zur Wasserweihe begebende Prozession die Interimsbrücke über einen Arm des Kurflusses passirte, brach dieselbe zusammen. Bei dem Nachdrängen der dichten Volksmassen wurden viele Personen erdrückt und verwundet, zahlreiche sind ertrunken. Eine Anzahl der Verunglückten ist bisher noch unermittelt.

Handel und Verkehr.

Mannheim, 18. Jan. (Produktenbörse.) Weizen per März 21.65, per Mai 22.—, Roggen per März 22.15, per Mai 22.40. Hafer per März 12.75, per Mai 12.50. Mais per März 12.75, per Mai 12.50. Tendenz: flauer.

Mannheim, 18. Jan. (Produktenbörse.) Weizen pfälzer u. 24.——.—, norddeutscher 24.75—25.—, russ. Saxonska 24.50—24.75, Azima 24.75—25.—, Girka 24.25 bis 24.75, Taganrog 24.50——.—, amerik. Winter 24.50 bis —.—, rumänischer 24.50—25.—, Theodosia ——.—, Kernen 24.50 ——.—. Roggen pfälzer 23.———.—, russischer 25.——.—. Gerste hiesige Gegend 17.25—17.50, pfälzer 18.50—18.50, ungarische —.———.—. Hafer badischer 14.75 bis 15.25, norddeutscher —.———.—, russischer —.———.—, Mais amerik. mixed 15.50——.—, Donau 15.50—16.—, Kohlreps deutscher neuer 32.——.—. Leinöl mit Faß 47.——.—. Rüböl mit Faß 73.——.—. Petroleum mit Faß fr. mit 20 pCt. Ta. 22.75——.—. Weizenmehl Nr. 00 40.—, Nr. 0 37.—, Nr. 1 35.—, Nr. 2 34.—, Nr. 3 33.—, Nr. 4 30.50. Roggenmehl Nr. 0 37.—, Nr. 1 34.—. Tendenz: Getreide ziemlich unverändert.

Mannheim, 18. Jan. (Viktualienmarkt.) Kartoffeln per Ctr. 4.——4.50 Mk., per Pfund 4—5 Pfg.; Eier per Hundert 6.——7.50 Mk., per Stück —— Pfg.; Butter per Pfund 1.——1.20 Mk.; Aepfel per Ctr. 12.——15.— Mk., per Pfund —— Pfg.; Birnen per Ctr. 15.——20.— Mk., per Pfund —— Pfg.; Zwiebeln per Pfund 7—8 Pfg.; Sellerie per Kopf 8—12 Pfg.; Kirschen per Pfund — Pfg.; Gurken per Stück — Pfg.; Spargeln per Pfund — Pfg.; Bohnen per Pfund — Pfg.; Weißkraut per Kopf 12 bis 15 Pfg.; Rothkraut per Kopf 15—25 Pfg.

Mannheim, 18. Jan. (Strohmarkt.) Wiesenheu per Ctr. 2.80—3.— Mk., Kleeheu per Ctr. 3.20—3.50 Mk., Kornstroh per Ctr. 2.50—2.80 Mk., Gerstenstroh 1.80 bis 2.— Mk.

Offenburg, 16. Jan. (Schweinemarkt.) Aufgefahren wurden: 217 Stück, darunter 9 Läufer von 40—49 Pfund, aus 18 Ortschaften in 37 Sendungen der Bezirksämter Achern, Kehl, Lahr, Offenburg und Wolfach. Geschäftsgang: ziemlich gut. Preise für das Paar Läufer 36—44 Mk., für das Paar Ferkel 16—21 Mk.

Freiburg, 14. Jan. (Fruchtpreise.) Weizen p. 2 Ctr. 24.—, 23.88, 23.50 Mk., Halbweizen —.—, —.—, —.— Mk., Roggen 21.—, 20.10, 19.50 Mk., Molzer 17.—, 16.92, 16.— Mk., Gerste 15.50, 15.13, 15.— Mk., Hafer 16.—, 15.64, 15.— Mk. Verkauft wurden: Weizen 3747 Kilo, Halbweizen — Kilo, Roggen 3228 Kilo, Molzer 1351 Kilo, Gerste 313 Kilo, Hafer 345 Kilo. Summa 8984 Kilo. Erlös 1873 Mk. 82 Pfg.

Freiburg, 16. Jan. Auf dem heutigen Schweinemarkt waren zum Verkaufe aufgestellt: 26 Läufer und 289 Ferkel, wovon 18 Läufer à 28—55 Mk. per Stück und 240 Ferkel à 8—20 Mk. per Stück verkauft wurden. Die Preise sind die gleichen geblieben wie am 9. Januar.

Freiburg, 14. Jan. Der heutige Viehmarkt war befahren mit 9 Farren, 85 Ochsen, 99 Kühen, 57 Kalbinnen und 98 Stück Jungvieh. Die Preise stellten sich wie folgt: Ochsen 180—420 Mk. per Stück, Kühe 160—350 Mk., Kalbinnen 170—250 Mk., Jungvieh 90—170 Mk. Der Verkehr war kein reger und die Kauflust eine geringe.

Straßburg, 18. Jan. Auf dem heutigen Schlachtviehmarkte wurden verkauft: 52 Ochsen 132—138 Mk., 150 Kühe 112—120 Mk., 44 Kuhviertel 112—122 Mk., 8 Stiere 110—114 Mk., 90 lebende Schweine 104 bis 108 Mk., 0 geschlachtete Schweine ——— Mk., 54 lebende Hämmel 128—140 Mk., 5 geschlachtete Hämmel 104 bis 108 Mk., 86 lebende Kälber 136—148 Mk. Alles für 100 Kilo.

Frankfurt, 18. Jan. Geschäft wie Preisbewegung am Spekulationsmarkt erhielten bei Eröffnung, lt. „F. Z.", der neuen Woche einen merklichen Impuls durch die Erklärungen des ungarischen Finanzministers bezüglich der Valutaregulirung. Wenn auch das Animo sich heute nur auf vereinzelte Gebiete erstreckte, so machte es doch einen guten Eindruck, den letzthin gänzlich an Apathie versunkenen Markt wieder etwas angeregter zu sehen, und vor Allem berührte es angenehm, wahrzunehmen, daß es der Wiener Platz ist, welcher, nachdem er unlängst als Abgeber auftrat, wieder das Signal zu einer zuversichtlicheren Auffassung gibt. Das Hauptinteresse wandte sich der Oesterr. Kreditaktie zu, welche lebhaft umgesetzt und ansehnlich höher bezahlt wurde; hierdurch wurden auch Diskonto-Antheile günstig beeinflußt, wie auch andere spekulative Bankwerthe anzogen. Oesterr. Bahnen fest, Staatsbahnaktien bevorzugt und höher. Schweizerbahnen ruhig, Gotthard leicht gebessert. Ausländische Staatsfonds fest aber still, Portugiesen etwas erholt. Montanwerthe gleichfalls fest und wenig im Verkehr. Schluß fest.

Karlsruher Standesbuchs-Auszüge.

Eheaufgebote: 16. Jan. Stefan Wipfler von Durlach, Metzgermeister hier, mit Luise Wilhelmine Merz von Dürrmenz-Mühlacker. — 18. Jan. Bruno Urban von Lauterberg, Katasterzeichner hier, mit Emma Daler von hier.

Geburten: 15. Jan. Eduard Oswald, Vater Oswald Zott, Postsekretär. — Wilhelm Paul, Vater Gustav Hauke, Telegraphenassistent. — 16. Jan. Karl Alfons, Vater August Tröndle, Lehrer. — 17. Jan. Karl August, Vater Friedrich Speck, Buchhändler.

Todesfälle: 15. Jan. Marie Klohe, alt 72 Jahre, Ehefrau des Dieners a. D. Ignaz Klohe. — 16. Jan. Katharina, alt 18 Jahre, Vater Sixtus Kühle, Hausdiener. — Karl Buch, Sattler, ein Ehemann, alt 46 Jahre. — Ludwig Dietz, Archivrath a. D., ein Wittwer, alt 73 Jahre. — 17. Jan. Margaretha, alt 4 Jahre, Vater Oskar Fischer, Kaufmann.

Auswärtige Todesfälle.

Konstanz: Karoline Huber, geb. Pflüger, 50 J.
Neufrach: Georg Bielliebер, 68 J.
Oestringen: Josef Schmieg, Bäckermeister, 54 J.

Todes-Anzeige.

Heute früh verschied sanft nach kurzer Krankheit unser liebes Kind

Margaretha

im Alter von 4 Jahren.

Wir bitten um stille Theilnahme.

Oscar Fischer u. Familie.

Karlsruhe, 17. Jan. 1892.

Bekanntmachungen, Versteigerungen rc.

Bekanntmachung. Mittwoch, den 20. d. M., Nachmittags 3 Uhr, läßt die Gemeinde 6 abgängige Aepfel- und 8 abgängige Zwetschgenbäume auf dem Platze selbst versteigern. Zusammenkunft beim Erbprinzen. Ettlingen, 18. Jan. 1892. Das Bürgermeisteramt.

Alte Münzen,

auch schöne **Gedenkkreuzer** und **alte Marken** und **ganze Couverts** bezahlt gut ein höherer Beamter. Offerten unter **Nr. 58** an die Expedition dieses Blattes. 4.3

Kassenschränke in nur bester Qualität bei **Wilh. Weiss,** Karlsruhe, Erbprinzenstraße 34. 8

Weiß- und Roth-Weine empfiehlt **Franz Mayer,** Karlstraße 18.

Ein junger Mann, katholisch, mit einem rentabeln Geschäft (Bäckerei), wünscht mit einem braven, häuslich erzogenen Mädchen, katholisch, mit Vermögen, in Verbindung zu treten, behufs baldiger Verehelichung. Schriftliche Anträge wolle man unter **Nr. 59** an die Expedition des „Bad. Beob." richten. 3.2

Stelle-Gesuch.

Eine Person, mittleren Alters, welche von ihrem Seelsorger, sowie von ihrer früheren Dienstherrschaft ausgezeichnet empfohlen ist, sucht eine Stelle als Haushälterin in einem katholischen Pfarrhause. Wenn es gewünscht wird, könnte der Eintritt sofort geschehen. Ueber die Persönlichkeit gibt die Redaktion des „Badischen Beobachters" nähere Auskunft, woselbst auch jeder Zeit von den bezüglichen Zeugnissen Einsicht genommen werden kann. Offerten wolle man unter der Bezeichnung **K. S.** gefälligst an die Expedition des „Badischen Beobachters", Karlsruhe, Adlerstraße 42, gelangen lassen. 6.4

Lehrlings-Gesuch.

Ein ordentlicher Junge, welcher Lust hat, die **Bäckerei** zu erlernen, kann unter günstigen Bedingungen sofort oder später eintreten bei **L. Knapp,** Lessingstr. 15 in **Karlsruhe.** 3.3

Vierteljährlich (6 Nummern) Preis 1.50 Mk.

Unterhaltend. Reich illustrirt. Belehrend. Schön ausgestattet.

Illustrirte Zeitschrift für die Jugend.

Enthält Lebensbilder berühmter Tonkünstler, heitere und ernste Erzählungen, Märchen, Unterhaltungsspiele, Gedichte, Räthsel und zahlreiche Musikbeilagen mit schönen Klavier- und Violinstücken, Liedern etc.

Zu beziehen durch jede Buch- und Musikalienhandlung sowie durch die Postämter.

Probe-Nummern gratis und franko vom Verleger.

Stuttgart. Carl Grüninger.

Die Weinhandlung

302 **G. Nottermann,** Zirkel 33 a, Keller: Waldstraße 11. **Karlsruhe,**

empfiehlt ihre reingehaltenen **Tischweine** in Gebinden von 20 Liter an zu 45, 50, 55, 60, 70, 80 und 90 Pf.

Rothweine von 80 Pf. an. 6.2

Grosser Concert-Saal

Brauerei Schrempp.

Karlsruher Colosseum.

Direktion: Karlson und Hofmann-Castelly.

Heute Mittwoch, den 20. Januar 1892:

Benefice-Vorstellung

der hier so beliebt gewordenen Gigerl-Duettisten

Geschwister Raimond.

Außergewöhnliches Programm. Anfang 8 Uhr.

Donnerstag findet keine Vorstellung statt.

Schuhwaaren-Lager

von

Kronstraße Nr. 1, **J. Krakert,** bei der Hirschbrücke,

empfiehlt zu passenden Geschenken in großer Auswahl

Herren-, Damen- und Kinderstiefel und Pantoffeln.

Arbeit nach Maaß, sowie Reparaturen prompt und billig.

Kaiser-Panorama.

99 Kaiserstraße 99.

Täglich geöffnet von 10 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.

Eintrittspreis 30 Pfg., Kinder 20 Pfg.

Vom 17. Januar bis mit 23. Januar:

Frankreich.

Verdun, Pont à Mousson, Nancy.

Jeweils Mittwoch von 1 bis 4 Uhr Eintritt für Schüler 10 Pfg.

Katholischer Männerverein

Constantia.

Mittwoch, 20. Jan., Abends 8 Uhr:

Versammlung im Vereinslokal.

Der Vorstand.

Theater in Baden.

Mittwoch, den 20. Jan. 16. Abonnem.-Vorstellung. **Durch's Ohr.** Lustspiel in 3 Aufzügen von Wilhelm Jordan. Heinrich: Herr Gelbeneck, vom Lessing-Theater in Berlin, als Gast. — **Cavalleria rusticana (Sizilianische Bauernehre).** Melodrama in einem Akt, nach dem gleichnamigen Volksstück von Verga, von G. Targioni-Tozzeti und G. Menasci. Musik von Pietro Mascagni. Anfang halb 7 Uhr.

Jedermann,

welcher Bedarf in Möbel hat, versäume nicht, die große Auswahl aller Arten fertiger

Holz- und Polster-Möbel, Spiegel, complette Betten,

sowie

ganze Zimmer-Einrichtungen,

von einfachster bis zu hochfeinster Ausführung,

bei

Fr. Scherer, vormals Feninger & Scherer,

Herrenstraße 49 **Freiburg i. B.** Herrenstraße 49

sich anzusehen, um sich zu überzeugen, daß man dort am besten und billigsten seine Möbeleinkäufe besorgt.

NB. Hauptlager für Holz-, Stroh- und Rohrsesselfabrikation.

Nach Auswärts in guter Verpackung unter Garantie sicherer Ankunft.

Liegenschafts-Verkäufe in Karlsruhe im Monat Dezember 1891

Verkäufer.	Käufer.	Kaufsgegenstand.	Preis Mk.
Koch Hermann, Schäftefabrikant	Koch H., Schäftefabrikant Ehefrau	Haus Adlerstraße 20	46 000.—
v. Holzing Adolf, Oberstallmeisters Ehegattin	Hald Dr. Matthäus, Professor	Haus Stefanienstraße 72	68 000.—
Müller E. L., Maler und Glaser	B..er Johann, Schreinermeister	Antheil Göthestraße 7	6 350
Fische Ernst, Schieferdecker	Horst Philipp, Blechnermeister	Haus Kaiserstraße 25	65 000.—
Kiema Th. & O. Heßig	Andris Hermann, Kaufmann	Haus Schillerstraße 6 mit Inventar	65 000.—
Ren Karl, Privatmann	Bierordt Heinrich, Stadtrath und Oberstlieutenant a. D.	Haus Stefanienstraße 2	44 000.—
Fische Ernst, Schieferdecker	Schaffmüller Th., Zimmermeister	Haus Hirschstraße 67	61 000.—
Lutz Jakob, Schreinermeister	Kruberth Franz, Schuhmacher	Haus Dorotheastraße 8	5 250.—
Hoffmann August, Privatmann	Nebel Johann, Gypser Ehefrau	Bauplatz an der Scheffelstraße	6 816.—
Widinger Anton, Zugrevisor	Scholl Jos., Handelsmann Ehefrau	Haus Durlacherstraße 101	19 000.—
Haug Ferdinand, Privatier	Stadtgemeinde Karlsruhe	2280 qm Gelände a. d. Sternbergstraße	15 610.—
Kiefer Simon, Kutschers Erben	Widmayer Franz, Gärtner	Haus Sedanstraße 9 (Stadtth. Mühlburg)	4 660.—
Kreuz Jakob, Wirths Eheleute	Stark G. A. Hofinstrumentenmacher	Haus Adlerstraße 18 a mit Inventar	110 669.—
Dieselben	Benzig Mannz, Bildhauer Ehefrau	Haus Zähringerstraße 51 a mit Inventar	67 000.—
Horn Gottlieb, Maurermeister	Schneider Wilhelm, Gastwirth	Haus Klauprechtstraße 26	53 000.—
Spitzer Heinrich, Wirth	Held Josef, Maurermeister, und Gerstner Alois, Glaser	Haus Körnerstraße 19	36 000.—
v. Beuwitz M., und Wolfert Andr.	Heyd Franz, Güterbestätter	180 qm Gelände a. d. Göttingerstraße	11 360.—
Hummel Wilhelm, Architekt	Fischer Alfred, und Bischoff Arthur, beide Architekten	Haus Sofienstraße 81 mit Inventar	100 000.—
Wolfert Andreas, Privatmann	Meier Christian, Schreinermeister	2 ar 73 qm Bauplatz a. d. Körnerstraße	6 000.—

Stellen-Vermittlung

des Verbandes der kaufmännischen Congregationen und katholischen Vereine Deutschlands.

Die Stellen-Vermittlung erfolgt prompt durch das bei jeder Verbandsvereinigung errichtete Bureau und für Orte, wo keine Verbandsvereinigung besteht durch die Centralstelle zur Zeit **Essen**-Ruhr **(Adresse: Egon Lillotte)** Bedienung für die Herren Principale kostenfrei.

Notirungen der Frankfurter Börse

vom 18 Januar 1892.

Staatspapiere.

4 %	Deutsche Reichs-Anl. M.	106.70.
3½ "	" " "	99.30.
3 "	" " "	84.70
4 "	Preuss. Konsols "	106 50.40
3½ "	" "	99 90
3 "	" "	84 70
4 "	Bayer. Abl.-Rente fl.	101.95.
4 "	Württ. Rente v. 85 u. 87 M.	104.90,
4 "	Badische Obligationen fl.	102.20 20
4 "	" v. 1886	—
4 "	Oest. St.-Sch. Gold Elisab.	98 50.
4 "	" Goldrente fl.	95.70.
4½ "	" Silber. "	80.45
4½ "	" Papier. "	80.35.
4 "	Ungar. Goldrente "	92.40.
5 "	" Papierrente "	88.45.
5 "	Russ. Gold-Anl. fl.	103 —
4 "	Span. ausl. Rente	63 8.
5 "	Italien. Rente	90.90.
4 "	Serbien Goldrente	85 90 10
5 "	Serbien, st. E. Hyp. Obg.	85 .0

Bank-Aktien.

4½ %	Deutsche Reichsbank	142 50.70
4 "	Badische Bank	112 —
4 "	Darmstädter Bank	—
5 "	Oest. Kredit (Ultimo)	255⅜ ½
4 "	Rhein.	118,5. 80
4 "	Deutsche Bank	151 50
4 "	Deutsche Union-Bank	88 60.

Inländisch vollbez. Eisenbahn-Aktien.

4 %	Heidelberg-Speyer Thlr.	41.90.
4 "	Hessische Ludwigsb. "	112 4/.
4 "	Ludwigsh.-Bexbach fl.	229
4½ "	Pfälzer Maxbahn	141 70
4 "	" Nordbahn	116 15 90

Ausländisch vollbez. Eisenbahn-Aktien.

5 %	Albrecht ö. W. 200 fl.	77½, 77
5 "	Oest.-Ung. St. 500 Fr.	253⅜, 4½
5 "	Nordwestb. fl.	183½,
4 "	Lit. B. Elbthal "	201⅛.
5 "	Schweiz Centralb. Fr.	127.—.
4 "	Gotthardbahn "	137,7.

Prioritäten.

5 %	Albrecht ö. W. 300 fl.	89 50
5 "	" in Gold 400 M.	—
5 "	Oesterr. Südbahn	103 50
3 "	" 1871	63 10 69
5 "	Ung.-Galizisch 1878	106 40.
3 "	Staatsb. I.—8. Em.	83.70.
3 "	" " 9. Em.	81 4/.
4 "	" " Ergänz.	81.—
5 "	Prag-Dux-Eisenb. i. Gold	106 60.50

Verzinsliche Anlehens-Loose.

3½ %	Preuss. 100 Thlr.	155
3½ "	Köln-Mindener 100 Thlr.	132 20 10
4 "	Bayerische 100 Thlr	141.43.90
4 "	Badische 100 Thlr.	139 35 90
4 "	Meining. Pfdbr. 100 Thlr.	129 —
3 "	Oldenburger 40 Thlr.	—
4 "	Oest. v. 1854 ö. W. 250 fl.	133.80
5 "	" v. 1860 ö. W. 500 fl.	124 —

Unverzinsliche Anlehens-Loose.

Braunschweiger 20 Thlr.	104.50
Augsburger 7 fl.	28.20.94
Ansbacher 7 fl.	42 10
Meininger 7 fl.	26 90
Pappenheimer	28 70.
Freiburger 15 Fr.	29 25.
Mailänder 45 Fr.	—
" 10 Fr.	18.10.

Wechsel. K. S.

Amsterdam 100 fl.	168.80.
Antwerpen 100 Fr.	80.75.
Schweiz 100 Fr.	80 60
Wien 100 fl. ö. W.	172 90.
Paris 100 Fr.	80.85
London	20.340

Pfandbriefe.

4 %	Rhein. Hypothekenbank	10 30.
3½ "	" "	92.80.
4 "	Bayer.	101.10
4 "	Württemb.	101.90.

Verfallene Coupons.

Oesterr. Papier	171.90
Amer. U. St.- u. E. B.	4.17

Geldsorten.

20-Franken-Stücke	16.18—1
" in ½	16.15—1
Dukaten	9.70 —
" al marco	9.7 —
Engl. Sovereigns	20.33
Russ. Imperiale	16.65—
Gold-Dollars	4.19—1
Reichsbank-Diskonto	3 %
Frankfurter Bank-Diskonto	3 %

Verantwortlich: Für den politischen und allgemeinen Theil: J. Küttgers. — Für den badischen und lokalen Theil: B. Häfner. — Für Landwirthschaft, Handel und Inserate: H. Vogel. — Sämmtlich in Karlsruhe.
Druck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe, Adlerstraße 42. — Heinrich Vogel, Direktor.